



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1909

01.05.1909 - Sitzung Nr.19

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

№ 19.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 1. Mai 1909.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Achelis, Just.	Hartwig, C. G.
Bröcker, F. H.	Hormann, H.
Biermann, F. C.	Jacobi, C. A.
Dubbers, Aug.	Jhlder, C.
Fohne, Heinr.	Kohl's, P.
Freeze, Jac. Carl Heinr.	Kuhlmann, Heinr.
Frese, Emil.	Lampe, Joh.
Fricke, Prof. Dr.	Lange, C. L. F.
Gieschen, H.	Lustfeld, M. L.

Madrian, G. W.

Meyer, Paul.

Oldehoff, H.

Plate, F. Emil.

Putzger, F. G.

Reck, Fr. jun.

Röfing, Johs., Synd.

Rudloff, R., Baurat

Schröder, F. C.

Tetens, Dr. jur.

Theilen, C.

v. Uebel, F.

Wagt, L.

Wuppelahl, H. A.

Wollmann, J.

Nicht entschuldigt war Herr Tiedermann, H.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt	Seite		Verhandelt	Seite
A. Vertrauliche Sitzung.			XI. Mitteilung des Senats vom 29. Dezember 1908:		
B. Öffentliche Sitzung.			4. Beleuchtung der Strafanstaltgebäude mit Gas. (N. 3. Verh. gef.)		
I. Bericht der Kommission (Nr. 4) wegen der Schule an der Sternstraße und der neuen gewerblichen Schule		346	XII. Antrag, betreffend Wohnungsinspektion. (N. 3. Verh. gef.)		
II. Wahl einer Kommission wegen Gewährung von Stipendien an die Bürgerchaftsmitglieder		352	XIII. Antrag, betreffend Einkommensteuer in den Hafensiedlungen und im Landgebiet. (N. 3. Verh. gef.)		
III. Mitteilung des Senats vom 16. April 1909:			XIV. Mitteilung des Senats vom 6. und 23. April 1909: 3. Änderungen des Einkommensteuergesetzes. (N. 3. Verh. gef.)		
1. Vergütung für Justizamwärter (Budget des Amtsgerichts 1909)		352	XV. Mitteilung des Senats vom 8. April 1909: 3. Neubau des Polizeibureaus XV. (N. 3. Verh. gef.)		
2. Budget des Schlachthofs für das Rechnungsjahr 1909. (N. 3. Verh. gef.)			XVI. Mitteilung des Senats vom 20. April 1909: 2. Kanalisation nicht öffentlicher Straßen, Gänge und Höfe in der Stadt Bremen.		
IV. Mitteilung des Senats vom 20. April 1909: 3. Nachbewilligung auf das Generalbudget 1908, Ordentliche Ausgaben I, 10, Wahlen zur Bürgerchaft		361	5. Warmwasserversorgung des St. Jürgen-Kspils. (N. 3. Verh. gef.)		
V. Mitteilung des Senats vom 23. April 1909: 11. Uebertragbarkeit von Posten des Budgets der Staatsanwaltschaft		361	XVII. Mitteilung des Senats vom 23. April 1908: 9. Anschluß der Strafanstalt Oblebshausen an das städtische Kanalnetz und an die städtische Wasserleitung.		
VI. Mitteilung des Senats vom 13. April 1909: 14. Jahresbericht der Hafenspektoren. (N. 3. Verh. gef.)			10. Kläranlage vor der Mündung des Straßkanals am Herzogenlamp. (N. 3. Verh. gef.)		
VII. Mitteilung des Senats vom 31. März 1909: Jahresbericht der Gewerbeinspektion		355	XVIII. Mitteilung des Senats vom 27. April 1909: 1. Verbreiterung der Abentorstraße.		
VIII. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1908: 1. Abänderung des § 21 der Verfassung. (Dazu Amendement, betreffend juristische Hilfskräfte des Senats.) (N. 3. Verh. gef.)			2. Arbeitshaus.		
IX. Bericht der Kommission (Nr. 2) wegen des Regulierungs- und des Enteignungsgesetzes. (N. 3. Verh. gef.)			3. Vermietung eines Kohlenplatzes an der Bismarckstraße.		
X. Mitteilung des Senats vom 16. Februar 1909: 3. Vergrößerung des Hygienischen Instituts.			4. Regulierung der Schwachhauer Chaussee zwischen Friedhofstraße und Scharnhorststraße.		
4. Anschluß des Herzogtums Oldenburg an das Hygienische Institut. (N. 3. Verh. gef.)			5. Verkauf eines Ganges an der Billestraße.		
			6. Uebertragbarkeit von Positionen des Budgets der Polizeidirektion.		
			7. Zuwegung zum Krematorium.		
			8. Gesetz, betreffend die Lotterien und Auspielungen. (N. 3. Verh. gef.)		

Herr H. A. Nolze präsidiert.

Eröffnung der öffentlichen Sitzung 7 Uhr 22 Minuten.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen sind Mitteilungen des Senats, wonach für die Verhandlung, betreffend Anschluß der Strafanstalt Oslebshausen an das städtische Kanalsystem und die städtische Wasserleitung dem bestellten Kommissar Herr Baudirektor Graepel beigeordnet und für die Mitteilung die Kommissionsberatung, betreffend Gewährung von Tagegeldern für die Bürgerschaftsmitglieder aus Bremerhaven Herr Senator Dr. Buff zum Senatskommissar bestellt ist. Ferner die Mitteilung des Senats vom 30. April, betreffend: 1. Budget für das Rechnungsjahr 1909, 2. Ausgestaltung des Osterdeichs, 3. Anlegung einer neuen Verbindungsstraße mit Kirchhuchting und Grolland im Zuge der Meterstraße, 4. Ankauf der Grundstücke Große Johannisstraße 131/133 und Gerkengang Nr. 1—3 usw., 5. Verbreiterung der Kirchen-Allee, 6. Regulierung des Grundstücks Spigenkiel Nr. 1.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Bericht der Kommission (Nr. 4) wegen der Schule an der Sternstraße und der neuen gewerblichen Schule.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Delrichs, dessen Beigeordneter Herr Bauinspektor Knop.

Herr Dr. Michaelis: Herr Präsident! Der Bürgerschaft lag ein Antrag der Schuldeputation, Mitteilung des Senats vom 17. März v. J., vor, der dahin ging, die Errichtung einer neuen gewerblichen Fortbildungsschule auf dem Areal an der Weserbahn zu beschließen und 2. die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit der weiteren Berichterstattung und Vorlegung eines Bauprojekts im Einvernehmen mit der Schuldeputation zu beauftragen, ferner 100 000 M. als erste Baurate einzustellen. Diese 100 000 M. sind bei der vorjährigen Budgetberatung unter Vorbehalt eingestellt worden. Die Bürgerschaft hat die Anträge mit einem Bericht der Budgetkommission über die Schule an der Sternstraße und einem von dem Bürgerschaftsmitgliede Herrn Klawitter gestellten Antrage an eine Kommission verwiesen. Als Vorsitzender der Kommission gebe ich Ihnen über diese drei Gegenstände folgende Ergänzungen zu dem ausführlichen Bericht der Kommission.

Die Kommission beschäftigte sich zunächst mit der Frage, ob die Schule an der Sternstraße umzubauen und zweckmäßig zu verwenden sei für die gewerbliche Fortbildungsschule. Diese Frage ist von der Kommission verneint worden, nachdem sie das Gebäude eingehend besichtigt und die Schule selbst daraufhin geprüft hatte. Zweitens hatte die Kommission darüber zu beraten,

welche Umbauten zweckmäßig seien, um die Schule auf Grund des Berichts der Budgetkommission auszugestalten, würdiger, zweckmäßiger zu machen, daß sie als Volksschule wenigstens weiter zu gebrauchen sei. Darüber gibt der Kommissionsbericht unter II auf Seite 2 u. f. nähere Auskünfte. Hierbei muß ich bemerken, worauf ich am Schluß nochmals zurückkommen werde, daß eine im vorigen Jahre unter Vorbehalt bewilligte Summe von 2500 M. für Bauten an der Schule an der Sternstraße zu streichen ist. Zu Dritt hat sich die Kommission beschäftigt mit der Vorlage der Schuldeputation, in der beantragt wurde, daß ein Flügelbau an der neuen gewerblichen Fortbildungsschule gemacht werde. Hier kam die Kommission zu dem einmütigen Beschluß, daß den Anträgen der Schuldeputation beizutreten sei.

Zu den Anträgen, die Sie auf Seite 3 des Berichts an letzter Stelle unter I und II finden, beantrage ich dann die Aufhebung der Einstellung der 2500 M., die am 6. Mai von der Bürgerschaft unter Vorbehalt eingestellt sind. Die Kommission beantragt jetzt unter II 12 000 M. für bauliche Veränderungen in der Schule an der Sternstraße, wodurch die Einrichtung eines Windfangs, für den die eingesetzten 2500 M. bestimmt waren, überflüssig geworden ist. Es würden also zur Beschlussfassung stehen die Anträge, die auf Seite 3 des Berichts stehen und die Streichung der unter Vorbehalt eingestellten 2500 M.

Im übrigen beziehe ich mich auf den Inhalt des Berichts und empfehle der Bürgerschaft die Annahme der von der Kommission gestellten Anträge.

Herr Notar A. Tebelmann: Als die Bürgerschaft am 13. Mai 1909 auf Anregung des Herrn Klawitter die Frage wegen der für die Schule an der Sternstraße beantragten Umbaukosten an die Kommission verwies, waren wir der Meinung, daß die Kommission zu der Ansicht kommen würde, daß es sich nicht empfehlen würde, in dieses alte, für ein Schulgebäude nach den jetzigen Forderungen durchaus ungeeignete Gebäude noch größere Summen hineinzustecken. Die Kommission ist aber zu der Ansicht gekommen, daß es sich doch empfehle, noch 12 000 M. dafür zu bewilligen. Die Schule ist nach den jetzigen Forderungen der Schulhygiene so schlecht, daß man wünschen müßte, daß das Haus als Schulgebäude vollständig verschwinde. Aber die Kommission hat doch ihre triftigen Gründe gehabt, der Bürgerschaft zu empfehlen, die 12 000 M. zu bewilligen, und ich will nicht widersprechen.

Mit dieser Frage hing zusammen die Frage wegen der Erbauung einer gewerblichen Fortbildungsschule. Es war die Frage aufgeworfen, ob nicht die gewerbliche Fortbildungsschule in diesem Gebäude an der Sternstraße unterkommen finden könne. Das ist verneint, und ich bin auch der Ansicht, daß das nicht möglich ist. Nun hat die Dienstwohnungskommission zu diesem Projekt schon früher Stellung genommen, sie ist derzeit aber

nicht in der Lage gewesen, einen Antrag zu stellen, weil die Sache vorab an eine Kommission verwiesen wurde. In den letzten Tagen hat sie die Sache nochmals eingehend geprüft und ist einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß sie der Bürgererschaft empfehlen muß, die für dieses Gebäude projektierte Dienstwohnung abzulehnen. Meine geehrten Herren! Eine dringende Notwendigkeit für eine Dienstwohnung, die gewiß sehr viel Geld kosten würde, liegt direkt nicht vor, nicht mehr Notwendigkeit als bei jedem anderen Schulgebäude auch. Die Dienstwohnung soll in dem dritten Geschos hergerichtet werden. Das Gebäude hat eine Front von ca. 42 m, und diese ganze Front käme für die Dienstwohnung des Direktors in Betracht. Die Dienstwohnungskommission ist der Ansicht, daß bei den großen Anmeldungen von Schülern für diese Schule es sich viel mehr empfiehlt, die für die Dienstwohnung in Aussicht genommenen Räume zur Herstellung von weiteren Schulklassen zu verwenden. Es war anfangs mit etwa 1000 Schülern gerechnet, die Anmeldungen laufen aber bis 3000 Schüler. Wenn wir diese schönen Räume für Dienstwohnungszwecke hergeben, würden wir sehr bald genötigt sein, den zweiten Flügel ebenfalls mit großen Kosten zu errichten. Es können in den Räumen, die für die Dienstwohnung in Anspruch genommen werden, vier Klassen untergebracht werden, was eine große Entlastung für die Schule ist in bezug auf die große Schülerzahl. Die Schuldeputation sagt:

Die Anordnung der Verwaltungsräume im Erdgeschoss erklärt sich von selbst. In bezug auf die im Dachgeschoss (Mansardengeschos) vorgefehene Direktorwohnung ist zu bemerken, daß für keine andere Schule das Bedürfnis, den Direktor in der Schule oder in deren unmittelbarer Nähe zu wissen, größer ist, als gerade für eine gewerbliche, wo sich der Unterricht vom frühen Morgen bis teilweise zum späten Abend hinzieht und wo die gewöhnlichen Sprechstunden des Direktors nicht ausreichen. Das ist eine Begründung, wie sie bei anderen Schulen immer geltend gemacht ist: der Direktor muß in der Schule selbst seine Wohnung haben. Die Dienstwohnungskommission ist anderer Ansicht, sie empfiehlt das Projekt der Dienstwohnung abzulehnen. Ich habe namens der Dienstwohnungskommission folgenden Antrag zu stellen:

Die Bürgererschaft lehnt die Herstellung der beantragten Dienstwohnung als im Interesse des Schulbetriebes nicht erforderlich, ab. Sie ist der Ansicht, daß die, für diese Wohnung in Anspruch genommenen Räume, zu weiteren Schulzwecken in Aussicht genommen werden sollten.

Herr Schierenbed: Herr Präsident! Meine Herren! Wer das Schulgebäude an der Sternstraße kennt, wird mir recht geben, daß es durchaus nicht den neuzeitlichen Anforderungen entspricht. Die Unterrichtsräume sind zu klein und zu niedrig, und infolgedessen sind die

Licht- und Luftverhältnisse so schlecht, wie wohl in keiner andern Volksschule Bremens. Die Spielplätze sind ebenfalls zu klein, namentlich der Mädchenplatz: es ist ein früherer Vorgarten, ein winkliger Platz von kaum 200 qm. Auf diesem Platz sollen nun 360 bis 400 Mädchen spielen; von Spielen kann dort gar keine Rede sein. Die Häuser der umliegenden Straßen liegen dem Schulgebäude viel zu nahe, namentlich die Häuser an der Oberstraße. Einige derselben sind nur 15 bis 20 m entfernt. Lehrer und Schüler werden durch Klavierspielen, Teppichklopfen, Hineinschauen in die Fenster u. im Unterricht gestört. Neben der Schule befindet sich ein öffentlicher Gang, der von Erwachsenen und Kindern beschmutzt wird. Dieser bildet die Zuwegung zur Schule, und die Kinder tragen Schmutz und Dreck in die Klassen. Der Bau ist so ungünstig, die Lage so schlecht, daß ich Herrn Tebelmanns Worten zustimme: wir müßten daran denken, baldmöglichst dafür eine neue, bessere, der Neuzeit entsprechende Schule an anderer Stelle zu bauen. Ich meine, man dürfte nur die allernotwendigsten Reparaturen vornehmen und nicht noch größere Summen hineinstecken. Nun wird von der Kommission vorgeschlagen, die Klosetts unter das Schulgebäude zu legen. Ich wüßte nicht, was das für einen Zweck hätte. Die Klosetts an sich sind in einem guten Zustande, nur die Lage der für die Mädchen bestimmten nicht gerade günstig. Durch die Vorschläge der Kommission werden die Klassen nicht größer, die Zimmer nicht luftiger und nicht besser. Der Knabenspielfeld ist auch so, daß man sich damit behelfen kann. Durch Verlegung der Klosetts würde der Mädchenplatz nicht größer, aber die Luft in den Klassen wegen der Ausdünstungen jedenfalls schlechter werden. Ich habe meine Bedenken, noch eine so große Summe wie 12 000 M. für das Gebäude aufzuwenden. Ich bitte, die 12 000 M. nicht zu bewilligen, im übrigen aber die Anträge anzunehmen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Delrichs: Als bei Beratung der Vorlage der Schuldeputation im vorigen Jahre die Anregung gemacht wurde, ob es möglich sei, die neue gewerbliche Fortbildungsschule in die Schule an der Sternstraße zu legen, habe ich mich für diese Frage zuerst durchaus interessiert, weil ich auch wünschte, daß dann für die Schule an der Sternstraße an anderer Stelle, etwa an der Weserbahn, eine neue, den jetzigen Anforderungen entsprechende große Volksschule gebaut würde. Es hat sich aber in der Kommission durch Besichtigungen und weitere Verhandlungen ergeben, daß eine gewerbliche Schule mit ihren Erfordernissen für die Zeichensäle besonders in bezug auf das Licht sich nicht in die jetzige Schule an der Sternstraße legen läßt. Darüber herrscht ja auch Einverständnis, und das ist heute von keiner Seite bezweifelt worden. Es handelt sich nur noch darum, ob für die Schule an der Sternstraße Verbesserungen vorgenommen werden sollen. Von dem Herrn Vorredner

ist das beanstandet worden. Ich möchte meinerseits sagen: wenn die Schule an der Sternstraße auch zu den älteren und ältesten Volksschulen gehört, die wir haben, so ist es damit doch nicht so schlimm, wie es dargestellt wurde. (Sehr richtig!) Bekanntlich wird von Zeit zu Zeit eine Revision der Volksschulen durch den Gesundheitsrat vorgenommen. Die letzte Revision der Schule an der Sternstraße hat im Jahre 1905 stattgefunden, und der Gesundheitsrat hat sich nach der Besichtigung damals dahin geäußert, daß die Schule gegen früher in einem wesentlich besseren Zustand dadurch wäre, daß eine Ueberfüllung der Klassen, wie sie früher bestanden hat, nicht mehr stattfände. Er sagt ausdrücklich: Während bei der letzten im Jahre 1900 vorgenommenen Revision die Zahl der Schüler 900 betrug, ist seitdem die Frequenz zur großen Freude der Lehrer und der Schüler auf 750 gesunken, — also in 16 Klassen. Von einer Ueberfüllung der Klassen ist nicht mehr die Rede. Das ist auch heute noch so. Gegenwärtig beträgt die Schülerzahl etwa 770, genau 777, also nicht viel mehr als damals. Die höchste Zahl in einer Klasse beträgt 53, die geringste sogar nur 34. Ich möchte das namentlich hervorheben, um nicht ein derartig unrichtiges Bild von der Schule sich festsetzen zu lassen. Der Gesundheitsrat hat in seinem Gutachten 1905 weiter gesagt, daß auch betreffs der Defen jetzt alles in bester Ordnung wäre und daß eine Zentralheizung nicht einmal gewünscht würde. Er schließt damit: „Die Schule ist in jeder Hinsicht gut gehalten und macht durch die vorhandene Sauberkeit der Klassenräume und Korridore einen sehr günstigen Eindruck.“ Nun bitte ich zu überlegen, ob es zu empfehlen sein würde, eine solche Schule, die noch für 770 Schüler gut ausreicht, einfach abzureißen, um eine neue zu bauen. Ich glaube, das geht zu weit, das würde doch Mittel in Anspruch nehmen, die dem bremischen Staat und besonders in diesem Augenblick nicht zur Verfügung stehen. Wenn man aber annimmt, daß die Schule an der Sternstraße noch eine Reihe von Jahren mitgehen wird, muß man auch den Verbesserungen zustimmen, die jetzt vorgeschlagen sind. Die Verbesserungen sind von einem sachverständigen Mitgliede der Kommission empfohlen worden, sie sind dann von der Hochbauinspektion geprüft, und die Baudeputation und die Schuldeputation haben sie auch empfohlen. Die Vorschläge gehen vor allem dahin, die Mädchenaborte, die jedenfalls in ihrem jetzigen Zustande nicht genügen, von der jetzigen Stelle zu entfernen, ebenso auch die Knabenaborte, und alle ins Kellergeschloß zu verlegen. Daß dadurch eine Vergrößerung des Spielplatzes erreicht wird, liegt auf der Hand, wenn auch nur um 40 qm. Es ist doch wünschenswert, die vorgeschlagenen Verbesserungen vorzunehmen, und aus diesem Grunde kann ich nur bitten, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

Was sodann die neue gewerbliche Schule an der Weserbahn betrifft, so nehme ich an, daß, nachdem die

beiden Herren Vorredner keine Einwendungen erhoben haben, die Bürgerchaft dem Projekt im allgemeinen zustimmen und die Baudeputation beauftragen wird, ein spezielles Projekt auszuarbeiten. Herr Tebelmann hat schon vorgetragen, aus welchen Gründen die Schuldeputation sich für eine Dienstwohnung für den Direktor entschieden hat. Ich glaube, die Gründe sind doch nicht so von der Hand zu weisen, wie es geschehen ist. Ein Vergleich mit den Volksschulen ist hier nicht angebracht. In den Volksschulen handelt es sich um Kinder, hier um junge Leute, und gerade bei dem steten Wechsel der Schüler in der Fortbildungsschule ist es sehr wünschenswert, daß die leitende Hand überall dabei ist. Neben der großen Zahl von Schülern, die in dem Gebäude sein werden, handelt es sich auch um eine große Zahl von Lehrkräften. Die Schule beschränkt sich nicht auf 16 bis 18 Lehrer, sondern es sind ein paar Duzend Hilfslehrer tätig, und infolgedessen muß der Direktor tunlichst zur Hand sein, wenn Umstände eintreten, die seine Gegenwart erfordern. Aus diesen Gründen hat sich die Schuldeputation für eine Dienstwohnung des Direktors erklärt. Richtig ist ja, daß, wenn die Dienstwohnung nicht hineinverlegt wird, mehr Klassen errichtet werden können. Das ist an sich wünschenswert. Aber die Dienstwohnung ist oben für das Dachgeschloß projektiert, damit sie möglichst billig werde. Man hätte auch daran denken können, einen kleinen Anbau für die Wohnung zu errichten. Grundsätzlich hat sich die Schuldeputation für die Dienstwohnung ausgesprochen und ich möchte sie daher befürworten. Ich bitte, den Anträgen zuzustimmen.

Herr Sachmeister: Herr Präsident! Meine Herren! Ich will zunächst auf die Frage eingehen, die Herr Schierenbeck angeschnitten hat. Er hat davor gewarnt, eine so große Summe von 12 000 M. noch für die Schule an der Sternstraße auszugeben, für eine Verbesserung der Klojettts. Herr Schierenbeck scheint übersehen zu haben, was in dem Bericht klar und deutlich zum Ausdruck gekommen ist, daß vor allen Dingen für die Mädchenabteilung eine größere Anzahl von Klojettts hergestellt werden soll. Jetzt sind, wenn ich nicht irre, in der Schule an der Sternstraße nur etwa acht Klojettts für die Mädchen vorhanden, während sonst für acht Mädchenklassen durchweg 16 vorgehen sind. Die Zahl der Aborte soll um zehn vermehrt werden. Sodann ist doch nicht zu bestreiten, daß durch die Entfernung der Knabenaborte vom Spielplatz dieser Raum um 40 qm vergrößert wird, das ist doch immerhin etwas.

Im übrigen muß ich sagen, daß ich dem, was Herr Schierenbeck gesagt, allerdings zustimme. Die Schule hat große Mängel. Diese alle zu beseitigen, dazu sind wir aber nicht in der Lage. Wollen Sie die Schule nun deshalb aufheben, so gebe ich zu bedenken, daß zurzeit die Schule unentbehrlich ist. Wohl ist die Schulbehörde bemüht, dem Bedürfnis nach

Schulen in der westlichen Vorstadt Rechnung zu tragen. Es werden aber noch einige Jahre vergehen, ehe wir aus der Kalamität in der westlichen Vorstadt ganz heraus sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß die neue Schule an der Nordstraße im Bau begriffen ist und für eine zweite Schule am Pulverberg die Pläne genehmigt sind, eine dritte Schule in der Bahnhofsvorstadt steht auch in Aussicht. Aber geben Sie sich keiner Täuschung hin, glauben Sie nicht, daß mit dem Bau dieser Schulen es mit jeglicher Kalamität aus sei. Das wird um so weniger der Fall sein, als die Baubehörde es in meisterhafter Weise versteht, alle Hoffnungen der Schulbehörde zunichte zu machen. Vor einem Jahre wurde uns gesagt, eine Anzahl von Schulen sollte zum April dieses Jahres fertig sein. Nur eine ist fertig, die Schule an der Hemelingerstraße. Die Schule an der Erlensstraße wird erst am Montag bezogen, wie durch die Blätter bekannt gemacht ist, und in der Realschule in der Neustadt sind mit Ach und Krach einige Klassen soweit fertig geworden, so daß sie bezogen werden könnten. Wenn wir die Schule an der Sternstraße aufheben und eine Vorlage an die Bürgerschaft bringen wollten, eine neue zu bauen, so würden noch drei bis vier Jahre hingehen, bis diese fertig würde. Ich kann nur empfehlen: nehmen Sie die Vorlage an, wie sie ist. Es werden dadurch immerhin wesentliche Verbesserungen geschaffen.

Dann möchte ich noch auf die Dienstwohnungsfrage kommen. Herr Notar Tebelmann hat gesagt, ein Bedürfnis dafür liege nicht unbedingt vor, ebensowenig wie sonst bei Schulen. Ich kann dem nicht zustimmen. Es handelt sich hier um ältere Schüler, die leicht geneigt sind, ihrem Uebermut freien Lauf zu lassen. Daß diese Schüler einer besonderen Aufsicht bedürfen, liegt auf der Hand. Außerdem kommt im Gegensatz zu den Volksschulen in Betracht, daß diese Schule von morgens früh bis in die Abendzeit besucht wird. Das muß auch in Rechnung gezogen werden. Wir sollten die besonderen Verhältnisse berücksichtigen, die hier vorliegen, und diese machen es dringend erwünscht, daß eine Dienstwohnung eingerichtet werde.

Herr Waigand: Herr Präsident! Meine Herren! Wir würden am liebsten sehen, wenn die Schule an der Sternstraße ganz verschwinden und eine neue an ihre Stelle treten würde. Aber wir haben aus den Ausführungen des Herrn Sachmeister gehört, daß wir diese Schule noch notwendig gebrauchen, und deswegen können wir Herrn Schierenbeck nicht zustimmen, wenn er die 12 000 M. sparen und die Aborte nicht verlegen will. Es würde so bleiben, wie es jetzt ist, und der Zustand ist besonders wegen der wenigen Mädchenaborte nicht aufrechtzuerhalten. Mit dem Schulbau kommen wir in der westlichen Vorstadt sehr langsam weiter; Herr Sachmeister hat auch schon darauf hingewiesen, und wenn wir auch in einer Gegend 3—4 Schulen dicht zusammen haben, so müssen eine

Anzahl Schüler doch den weiten Weg nach der Schule an der Großen Straße machen, und die Folge ist, daß viele Eltern sich lieber die 20 M. abhungern und ihre Kinder nach der näher gelegenen Geldschule schicken, um die Kinder, die eben erst nach der Schule gekommen sind, nicht den weiteren Weg nach der Schule an der Großenstraße machen zu lassen, wo sie den Gefahren der Elektrischen und sonstigen Fahrwerken ausgesetzt sind. Sie sehen, daß unsere Vorwürfe, die wir bezüglich des langsamen Tempos im Schulbau erhoben haben, vollauf berechtigt sind. Unsere Schulvorsteher wußten in diesem Jahre nicht, wo sie die Kinder alle unterbringen sollten. Das ist für eine Großstadt wie Bremen sehr bedauerlich. — Dann ist wegen der Dienstwohnung in der neuen gewerblichen Fortbildungsschule ausgeführt worden, das eine besondere Aufsicht in dieses Schulgebäude gehört. Das wird bei jeder Dienstwohnung gesagt. Aber man kann auch nicht verlangen, daß die Herren Direktoren immer parat stehen, wenn noch jemand einen Wunsch hat, die Herren zu sprechen. Die Herren können nicht Tag und Nacht Dienst haben. Wir wissen, daß für den Staat kein Vorteil, sondern ein Nachteil dabei herauskommt, da die Dienstwohnungen teuer sind. Wir haben neulich erst hören müssen, das ungeheure Summen an Gas, Licht und Feuerung in Dienstwohnungen aufgebraucht werden, und daß der Staat das aufzubringen hat. Das sind die Gründe, die die Dienstwohnungskommission bewogen haben, nicht für die Dienstwohnung zu sein. Die Sparankheitsrücksichten, die uns sonst vor Augen geführt werden, die sollte man hier walten lassen, zumal wir die Räume zu anderen Zwecken gebrauchen können. Ich bitte Sie, die Vorlage so zu genehmigen mit den Aenderungen und Anträgen der Dienstwohnungskommission. Und dann sollte man beherzigen, daß wir mit dem Schulbau endlich einmal schneller vorwärts gehen sollten, besonders in Arbeitervierteln, wo an Schulen besonderer Mangel vorhanden ist und Unzufriedenheit darüber herrscht.

Herr Groninger: Herr Präsident! Die Budgetkommission hat vielfach Gelegenheit gehabt, die Schule an der Sternstraße zu besichtigen und zu untersuchen. Sie hat im Berichte vom 3. April vorigen Jahres gewisse bauliche Verbesserungen beantragt, die dann an die jetzt berichtende Kommission verwiesen sind. Die jetzige Kommission, der ich persönlich angehört habe, hat einige weitere Anträge gestellt, und die Budgetkommission hat sich davon überzeugt, daß die neuen Vorschläge den älteren vorzuziehen sind, weil sie eine Verbesserung des Zustandes sind. Wir haben die Schule mehrfach besichtigt und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie wirklich noch nicht so schlecht ist, wie sie gemacht wird, namentlich sind die Räume im neuen Flügel, wo sechs Klassen untergebracht sind, vorzüglich. Zu dem alten Bau sind die

Klassen auch nicht zu klein; vielleicht könnten sie größer sein, aber immerhin sind sie genügend, die Luft- und Lichtverhältnisse auch. Wir glauben, daß die Bürgerschaft die neuen Beschlüsse unter 1, 1 und 2, die sich auf die Sternstraße beziehen, genehmigen sollte. — Ich komme nun auf die Gewerbliche Fortbildungsschule. Als Mitglied der Kommission war ich der Ansicht, daß man mit dem Bau einer Schule warten sollte, bis sich herausgestellt hätte, resp. bis durch Gesetz bestimmt ist, ob die nicht gelernten Arbeiter auch die Schule besuchen sollten, erst dann würde man genau übersehen, wie groß das Bedürfnis nach Räumen ist. Jetzt, nachdem die Anmeldungen so stark gekommen sind, will ich davon absehen, Anträge auf Aufschub zu stellen. Ich bin der Ansicht, daß jetzt die Schule doch gebaut werden sollte, die Budgetkommission hält es aber nicht für richtig, den unter 3 gestellten Antrag zu genehmigen, da es nicht notwendig ist, die 225 000 M. zu den bereits für 1908 bewilligten 100 000 M. in das Budget für 1909 einzustellen. Die Sache liegt jetzt genau so wie vor einem Jahre, und da sie bis jetzt nicht weitergekommen ist, bin ich der Ueberzeugung, daß für 1909 auch mit 100 000 M. auszukommen sein wird. Ich bitte dem beizustimmen, eventuell könnte ja die Behörde mit einem Nachbewilligungsantrage kommen. Die Summe muß unter Vorbehalt eingestellt werden, weil die Pläne für die neue Schule noch nicht vorliegen.

Präsident: Nach Ihrem Antrage würde Punkt 3 ganz ausfallen. Dann würden wir über 3 nicht abzustimmen haben.

Herr Groninger: Die Punkte unter II, 1 und 2 sollen genehmigt werden, aber unter 3, der soll nicht genehmigt werden.

Präsident: Der fällt also ganz weg.

Herr Groninger: Sowohl, die 100 000 M. bleiben unter Vorbehalt eingestellt, wie bereits beantragt ist.

Herr Imwolde: Nach den Ausführungen meines Freundes Waigand verzichte ich.

Herr Franke: Was die Schule an der Sternstraße betrifft, so muß ich die Bürgerschaft bitten, die hier beantragten 12 000 M. zu genehmigen. Es ist im Interesse unserer Finanzen, denn wie Sie von verschiedenen Seiten gehört haben, und wie aus dem Berichte hervorgeht, ist die Schule noch so im Stande, daß sie gut noch für eine Zeitlang dienen kann, vor allen Dingen, wenn die beantragten Abänderungen ausgeführt werden. Es wurde schon vom Herrn Senatskommissar gesagt, daß es nicht in der Ordnung ist, bei unserer Finanzlage eine brauchbare Schule einfach abzubauen, um eine noch bessere zu bekommen. Wir tun in der Schuldeputation alles, was in unseren

Kräften steht, um Platz zu schaffen für die Kinder, die schulpflichtig werden. Es ist aber schwer, jetzt Schritt zu halten mit dem Bedarf an Schulen, wie Sie alle selbst wissen. Wir müssen jedes Jahr mit neuen Vorschlägen für Erbauung von Schulen kommen; dieselben werden aber meist nicht so rasch fertig, wie wir es möchten, und müssen wir uns dann mit Baracken behelfen. Ich glaube, wir können mit ruhigem Gewissen empfehlen, diese Anträge anzunehmen. Was die zweite Sache anbelangt, so muß ich mich gegen den Beschluß der Dienstwohnungskommission wenden. Herr Tebelmann hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er sagt, eine Dienstwohnung sei hier nicht mehr notwendig, als an irgend einer anderen Schule auch. Er ist uns den Beweis für diese Behauptung schuldig geblieben. Er hat das einfach so hingeworfen. Ich bin gegenteiliger Ansicht als Herr Tebelmann. In einer Volksschule oder einer anderen Schule sind es nur Kinder, die dieselbe besuchen. Hier aber sind es keine Kinder, sondern Erwachsene, oder halb Erwachsene, was manchmal noch schlimmer ist. Und es kommt in einer solchen Schule, wo halberwachsene junge Leute sind, darauf an, daß gute Disziplin gehalten wird. Soviel ich nun von allen Seiten gehört habe, herrscht in der jetzigen gewerblichen Fortbildungsschule außerordentlich gute Disziplin, aber dabei müssen wir bedenken, daß dort jetzt nur junge Leute sind, die aus eigenem Antriebe oder weil ihre Eltern es wünschen, jedenfalls mehr oder minder ohne Zwang, kommen, während von jetzt an jeder gezwungen sein soll, die Schule zu besuchen; und ob nun gerade diese Elemente, die dadurch in die Schule kommen, die besten sind, das weiß ich nicht. Ich glaube aber, wenn vorher eine gute Disziplin notwendig war, so ist sie es jetzt erst recht, nur daß sie eben schwerer zu erreichen ist. Und wenn die Herren bedenken, was schon verschiedentlich hervorgehoben ist, daß die Schule von morgens bis abends gebraucht wird und die Schüler immer wechseln, so muß meiner Ansicht nach jemand vorhanden sein, der die Disziplin handhabt, und das muß in einer Hand liegen. Nach meiner festen Ueberzeugung ist die Dienstwohnung nirgends so notwendig, wie hier, damit der Direktor immer anwesend ist, wenn er gebraucht wird, was nicht möglich ist, wenn er in einer anderen Vorstadt wohnt und dadurch gezwungen ist, eine große Anzahl von Stunden abwesend zu sein. Ich glaube, daß dieses dafür spricht, daß wir hier eine Ausnahme machen und die Dienstwohnung bewilligen sollten. Es ist schön, wenn man immer von Sparsamkeit spricht, und es ist wahr, daß man sparen soll, wo es irgend möglich ist, aber ich finde, sparen am falschen Orte, ist nicht richtig. Ich glaube, wenn wir hier keine Dienstwohnung bewilligen, dann sparen wir falsch. Deswegen bitte ich, die Vorschläge der Schuldeputation zu genehmigen, den Antrag der Dienstwohnungskommission aber abzulehnen.

Herr Dr. Michaelis: Ich wollte lediglich mich äußern zu den zwei Anträgen, die gestellt sind. Zunächst hat Herr Schierenbeck beantragt, die 12000 M. für die Schule an der Sternstraße zu streichen. Nachdem Herr Sachmeister Herrn Schierenbeck bereits darauf hingewiesen hat, daß, ehe man solche Anträge stellt, man lieber erst den Bericht der Kommission genau studieren sollte, habe ich keinen Anlaß, weiter darauf einzugehen. Wenn Herr Groninger weiter zu streichen wünscht den Punkt II unter 3 unserer Anträge, so kann ich sagen, daß ich als Vorsitzender der Kommission keinen Auftrag habe, die Summe, die eingestellt ist, zu ermäßigen. Es wird aber zweifellos die Sachlage so sein, daß 225 000 M. zu den bereits unter Vorbehalt eingestellten 100 000 M. in diesem Jahre nicht werden verwendet werden können, so daß jedenfalls eine mäßiger Summe genügen wird, um den Bau überhaupt in Gang zu bringen und soweit zu fördern, als es im Laufe des Jahres möglich ist. Ob 100 000 M., die bereits eingestellt sind, ausreichen werden, kann ich nicht ermessen. Ich glaube aber, daß der Herr Senatskommissar mit dem Herrn Beigeordneten diese Frage zu beantworten in der Lage ist. Jedenfalls nehme ich an, daß die Mitglieder der Kommission mit einem derartigen Gutachten von der Hochbauinspektion einverstanden sein werden. Dann will ich noch sagen, daß ich mich zu der Dienstwohnungsfrage als Vorsitzender der Kommission nicht geäußert habe aus dem Grunde, weil die Kommission zu dem Beschlusse gekommen ist, dem Gutachten der Schuldeputation beizutreten, wonach es aus schultechnischen Gründen notwendig ist, eine Dienstwohnung zu genehmigen. Im übrigen habe ich meinen Ausführungen nichts hinzuzusetzen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Delrichs: Es freut mich, daß Herr Groninger jetzt mit der Vorlage des Baues einer neuen gewerblichen Fortbildungsschule an sich einverstanden ist. Im übrigen glaube ich auch, daß wir in diesem Jahre die ganze Bau Summe noch nicht gebrauchen werden; ich möchte aber bitten, etwa 150 000 M. als erste Rate einzustellen, das wird genügen, zumal erst die Pläne ausgearbeitet und genehmigt werden müssen. Im Spätsommer kann dann aber mit dem Bau begonnen werden.

Herr Leymann: Ich bitte, nicht, wie Herr Schierenbeck beantragt, diese Verbesserungen an dieser Schule, die er selbst als minderwertig hinstellt, zu streichen. Herr Schierenbeck wird nicht glauben, daß wir eine solche Schule ohne weiteres abbrechen. Wenn wir so weiter fortfahren wollten, dann können wir wieder anfangen, alle Jahre mindestens eine Schule von den bestehenden abzubringen. Sie werden alle veralten und sie genügen den Anforderungen jedenfalls nicht wie die Schulen, die wir jetzt bauen. Darum kann ich nicht verstehen, weshalb man diese Verbesserungen einfach abschlagen will. So schnell bekommen wir in dieser

Gegend keine Schule wieder. Der Platz an der Weserbahn wird reserviert werden für die gewerbliche Schule, die in einigen Jahren wieder notwendig sein wird. Dann sagt Herr Schierenbeck, die Spielplätze sind zu klein. Aber indem wir die Klosetts in das Erdgeschloß des Gebäudes legen, verbessern und vergrößern wir die Spielplätze. Und dann muß ich sagen, die Klosettanlage für die Mädchen ist an dieser Schule einfach grauenhaft, man sollte kaum glauben, daß so etwas noch besteht. Auch diese sollen entfernt und unter den Flügelanbau der Schule gebaut werden. Das sind wesentliche Verbesserungen, und wenn wir auch nach 5 bis 8 Jahren die Schule doch einmal dem Verfall anheimgeben, dann glaube ich, können wir die Schule doch ein paar Jahre hinhalten, und dann haben wir ein sehr gutes Resultat erzielt. Denn 12 000 M. sind für eine Schule, die 250 000 M. kostet, in einem Jahre weg. Also damit würde es doch wohl bedeutend besser sein. Dann sollte man von seiten der Lehrer auch von anderer Seite dem zustimmen, denn der Senatskommissar erklärt, es sind in dieser Schule durchweg 48 Kinder in der Klasse, während in den neuen Schulen ca. 60 Kinder in der Klasse sind. (Zuruf: Nein!) Es ist ja das Ideal der Lehrer, möglichst wenig Schüler zu haben. Also liegt auch hier eine Verbesserung den neuen Schulen gegenüber vor. Und dann der Antrag von Herrn Groninger. Ich glaube, dem können wir zustimmen, denn ehe wir den Schulbau in Angriff nehmen an der Weserbahn, wird es Spätsommer werden, und dann werden wir in dem halben Jahre, das uns noch zur Verfügung steht, reichlich mit dem Gelde auskommen. Denn die ganze Schule kostet 325 000 M., und dann würden ohne Zweifel 100 000 M. in diesem Jahre genügen. Darum bitte ich, den Antrag des Herrn Groninger anzunehmen. Ich bitte aber auch, den Antrag der Kommission jedenfalls zu genehmigen.

Präsident: Es haben sich noch eine ganze Reihe von Herren zum Worte gemeldet. Ich möchte die Herren bitten, sich möglichst kurz zu fassen. Zum Worte angeschrieben sind noch die Herren Koop, Schierenbeck, Pappier, Achelis, Garbes, Blanke, Rhein, Busch, Groninger, Dr. Feldmann.

Herr Dr. Feldmann: Ich darf doch noch einen Antrag stellen? Ich beantrage, statt 225 000 M. einzustellen, noch die Summe von 50 000 M. zu den 100 000 M., weil Herr Senatskommissar erklärt hat, daß in diesem Jahre Baugelder von 150 000 M. erforderlich sein würden.

Der Antrag auf Schluß wird unterstützt.

Zur tatsächlichen Aufklärung:

Herr Ed. Achelis: Ich bedaure, daß Schluß beantragt worden ist. Ich nehme an, daß er angenommen wird. Ich würde es sehr gern gesehen haben, daß Herr Bau-

inspektor Knop uns noch Aufklärung gegeben hätte. Herr Hachmeister hat gesagt, daß die Baubehörde sehr langsam arbeitet. (Zuruf: Tut sie auch!) Dem gegenüber möchte ich tatsächlich aufklären, daß die Schule an der Hemelingerstraße vollständig fertig ist, daß die Schule an der Erlenstraße heute in Benutzung genommen ist, und die Realschule in der Neustadt ebenfalls, soweit sie kommen sollte, fertig geworden ist, und die Schule am Buntentorssteinweg im August vorigen Jahres angefangen ist, so daß keine Möglichkeit bestand, dieselbe schon jetzt fertig zu haben.

Herr Groninger: Ich möchte bemerken, daß die Budgetkommission bei der Aufstellung des Budgets diese 225 000 M., die eingestellt sind, bereits gestrichen hat. Ich möchte bitten, es dabei zu belassen.

Herr Rhein über den Schluß: Ich bitte, den Schluß nicht zu belieben. Ich halte es für dringend notwendig, auf die widerspruchsvollen Ausführungen des Herrn Franke noch näher einzugehen, der in seiner Darlegung die besten Gründe gegeben hat, daß die Dienstwohnung nicht notwendig ist, indem er sagt, daß die jetzige Disziplin vorzüglich bei der Schule ist, wo keine Dienstwohnung ist. Er sagt, nachdem der Zwang eingeführt ist, werden in die Fortbildungsschule allerlei Elemente kommen, die das erforderlich machen, und ich meine, daß das eine recht starke Zumutung an die Bürgerschaft ist, deswegen anders zu beschließen.

Zur tatsächlichen Aufklärung Herr Schierenbeck: Zunächst bin ich dafür, daß der Schluß nicht angenommen wird. Aber weil er doch angenommen werden könnte, erlaube ich mir einige tatsächliche Berichtigungen. Herr Leymann sagt, durch die Entfernung der Klosetts würden die Spielplätze größer werden. Das stimmt aber für den Mädchenplatz nicht, und der hätte es doch am nötigsten. Dann wollte ich Herrn Dr. Michaelis sagen, daß er nicht berechtigt ist, zu behaupten, ich hätte den Bericht nicht genau studiert. Ich kann sagen, daß ich alle Berichte, die an die Bürgerschaft kommen, genau studiere, vielleicht viel besser, als es Herr Dr. Michaelis in letzter Zeit getan hat.

Herr Busch: Ich möchte bitten, den Schluß nicht zu belieben. Ich möchte ausführen, daß die jetzige Fortbildungsschule sehr gut bestehen wird, ohne daß der Direktor in der Schule wohnt. Dann möchte ich Herrn Hachmeister sagen, daß wenn die Fortbildungsschule fertig ist, wir dann nicht vom frühen Morgen bis zum späten Abend Unterricht in der Schule haben werden.

Präsident: Herr Busch, das geht zu weit.

Der Schluß wird angenommen.

Antrag I, 1 und 2 werden angenommen.

Antrag II wird angenommen.

Der Antrag der Dienstwohnungskommission wird angenommen.

Der Antrag der Deputation wird angenommen.

Präsident: Die Bürgerschaft hat am 6. Mai anlässlich der Budgetberatung beschlossen 2500 M. zu bewilligen für einen Windfang und sonstige Umbauten. Die Summe ist damals eingestellt worden. Dieses kommt nun nicht zur Ausführung. Der damals genehmigte Antrag muß also aufgehoben werden.

Die Bürgerschaft beschließt demgemäß.

II, 3 Antrag der Budgetkommission wird angenommen.

Nr. II der Tagesordnung:

Wahl einer Kommission wegen Gewährung von Diäten an die Bürgerschaftsmitglieder.

Es machen Vorschläge:

Herr Garde: 1. Kirbiß, 2. Garves, 3. Heinken, 4. Jäger, 5. Zunge.

Herr Schütte: 6. Dr. Apelt, 7. Deplen sen., 8. Papier, 9. Dr. Duidde.

Herr Blome verzichtet.

Herr Garde: Ich beantrage, die 9 Herren per Akklamation zu wählen. (Geschickt.)

Nr. III der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 16. April 1909:

1. Vergütung für Justizanwälter (Budget des Amtsgerichts 1909).

Herr Richter Dr. Castendyk: Herr Präsident! Die Begründung dieses Antrages ist etwas kurz und vielleicht nicht ganz verständlich. Es ist nicht richtig, daß ein Mangel an Justizanwältern besteht, sondern es besteht nur ein Mangel an solchen, die mit dem Vorbereitungsdiensste fertig sind und ihr Examen machen können. Es dauert ca. 4 Jahre, bis sie genügend vorbereitet sind, und außerdem müssen sie das 21. Lebensjahr erreicht haben, bis sie ihr Examen machen können. In den letzten Jahren ist eine Anzahl von Gerichtsschreibern ausgeschieden, womit wir nicht gerechnet haben, außerdem hat eine starke Vermehrung der Stellen stattgefunden, so daß der Bedarf sehr groß gewesen ist. Die Zahl der Justizanwälter, die das Examen gemacht haben und angestellt werden konnten, hat dafür nicht ausgereicht. Vor fünf Jahren waren zehn im Vorbereitungsdiensste, jetzt ist die Zahl auf 22 gestiegen, trotzdem aber können auch die ältesten noch nicht zum Examen und zur Anstellung kommen, sie werden erst im nächsten Frühling das Examen machen können. Dann müssen

sie ihr Jahr abdiene und dann erst, also in zwei Jahren, werden wir die ältesten anstellen können. Für dieses Budget sind zwei neue Gerichtsschreiberstellen im Budget beantragt, drei weitere kommen vielleicht für das nächste Jahr in Betracht, die beiden Stellen jetzt und die drei im nächsten Jahre können wir mit hiesigen Kräften nicht besetzen. Das ist ein unhaltbarer Zustand, und deswegen ist es notwendig, einige von auswärts zu übernehmen, und zwar solche, die bereits das Examen gemacht haben, die dann nach kurzer Probezeit, nachdem sie das Examen hier wiederholt haben, angestellt werden. Es handelt sich nur um eine einmalige Maßnahme, die dem vorübergehenden Mißstand abhelfen soll.

Herr Notar A. Tebelmann: Nachdem Herr Richter Castendyl ausgeführt hat, daß nur aushilfsweise daran gedacht wird, Justizanwärter von außen hierher zu ziehen, weil nur für den Augenblick hiesige nicht zur Verfügung stehen, bin ich für die Bewilligung der 1500 M. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, was auch Herr Richter Castendyl schon angedeutet hat, daß wir hier eine ganze Reihe Justizanwärter haben, soweit mir bekannt ist, zirka 20, die am Gericht beschäftigt sind und bereits vornotiert sind für den Gerichtsschreiberdienst. Außerdem sind noch 15 solcher Personen bei hiesigen Anwälten beschäftigt, die sich ebenfalls haben vornotieren lassen und die darauf warten, daß sie zum Examen berufen werden. Sämtliche dieser jungen Leute müssen im Besitz des Einjährigfreiwilligenseins sein. Wir müssen doch darauf halten, die Gerichtsschreiberstellen jungen Leuten aus Bremen offen zu halten, aber nicht von auswärts solche heranzuziehen. Ich möchte bitten, daß wir in dem Beschluß der Bewilligung der 1500 M. zum Ausdruck bringen, daß wir die Ansicht haben, daß soweit als möglich zunächst bremische Anwärter berücksichtigt werden.

Herr Stöyen: Herr Präsident! Meine Herren! Der Bericht fordert, daß probeweise junge Leute von auswärts für diese Posten zugelassen werden. Ich bin der Meinung, daß wir in Bremen genügend junge Leute haben, die diese Posten bekleiden können. Wenn augenblicklich nicht die genügende Zahl zur Verfügung steht, so ist das darauf zurückzuführen, daß nicht zeitig genug Fürsorge getroffen ist, es ist irgend etwas versäumt worden. Ich bin der Meinung, daß man Leute, die in Bremen wohnen, in der Weise heranbilden sollte, daß man sie für den Posten gebrauchen kann.

Herr D. Lampe: Es ist von Gerichtsschreibern die Rede. Aber diese Gerichtsschreiber werden später zu Gerichtsschreibern ernannt. Ich konstatiere, daß derartige Bezeichnungen doch nur im Deutschen passieren können, bei andern Völkern kann so etwas nicht passieren. „Schreiber“ muß doch durch „Sekretär“ übersetzt werden. So etwas sollten wir im Deutschen vermeiden, das wollte ich nur konstatieren.

Herr Knief: Von allen Vorrednern und auch in der Vorlage ist nur immer der Ausdruck „Justizanwärter“ gebraucht worden. Unter Justizanwärter versteht man junge Leute, die sich die Antivartschaft für den Gerichtsschreiberdienst durch das Einjährigzeugnis erworben haben. Aber Tatsache ist doch, daß nach dem Gesetz auch befähigte Volksschüler zu dieser Prüfung zugelassen werden können. Von diesen ist aber gar nicht die Rede. Es wäre doch nicht recht, tüchtige Volksschüler hier auszuschalten. Ich bin der Ueberzeugung, wenn es bekannt gegeben würde, daß auch tüchtige Volksschüler das Examen machen können, so werden sich von diesen genug finden, die bei den Rechtsanwälten oder den Gerichten beschäftigt sind; sie werden bestrebt sein, das Gerichtsschreiberexamen zu machen. Hier ist vor einiger Zeit das Wort gefallen: „Dem Tüchtigen die Bahn frei!“ Ich denke, das sollten wir auch hochhalten, damit es nicht davon abhängt, ob die Eltern eines jungen Mannes das nötige Geld gehabt haben, ihn in eine höhere Schule zu schicken, sondern es sollte gesagt werden: „Bist du tüchtig und hast du deine fünf Jahre bei einem Anwalt oder beim Gericht hinter dir und du kannst das Examen machen, so wirst du auch angenommen.“ Ueber diesen Punkt möchte ich gern Aufklärung haben; vielleicht kann Herr Richter Castendyl sie geben.

Herr Richter Castendyl: Was die Herren Tebelmann und Stöyen gesagt haben, dem kann ich nur in vollem Maße zustimmen. Der von Herrn Tebelmann beantragte Zusatz ist nicht notwendig: es ist ganz selbstverständlich, daß in erster Linie Bremer genommen werden. Wir können aber für den Augenblick die Stellen durch Bremer nicht besetzen und darum müssen wir auf Auswärtige zurückgreifen. Seit zwei Jahren laborieren wir daran, daß die Stellen nicht voll besetzt sind, wir haben mit der Besetzung gewartet, weil immer die Aussicht war, daß Leute von hier das Examen machten. Jetzt aber sind zwei Stellen unbesetzt, die mit Hiesigen vor zwei Jahren nicht besetzt werden können, und im Laufe des nächsten Jahres werden noch zwei oder drei dazu kommen, dann würden also fünf Stellen unbesetzt sein. Das ist ein Zustand, der nicht aufrecht zu erhalten ist, und deshalb ist der Antrag gestellt. Es handelt sich nur um diese beiden Jahre, später werden wir den Bedarf durch Bremer decken können. Ich habe schon gesagt, daß 22 Mann im Vorbereitungsdienst sind und daß eine größere Zahl von ihnen im nächsten Frühling das Examen machen wird. Da auch genügendes Angebot für die Justizanwärterkarriere vorhanden ist, wird der Mißstand nicht wieder eintreten.

Herrn Lampe kann ich nur erwidern, daß „Gerichtsschreiber“ und „Sekretär“ der dienstliche Titel ist. Wir haben Gerichtsschreiber, das ist die untere Kategorie, die werden nach einigen Jahren Gerichtsschreibe, sie er-

halten dadurch ein höheres Gehalt und einen höheren Rang. (Zuruf: Oberschreiber! Geheimschreiber! Heiterkeit.)

Was Herr Knieß sagt, ist so im allgemeinen nicht richtig. Es ist so im allgemeinen nicht richtig, daß Volksschüler das Examen machen können. Es ist vorgeschrieben, daß zum Justizanwärter keiner zugelassen wird, der nicht das Einjährig-Freiwilligen-Examen gemacht hat. Es können allerdings auch Schreiber, die beim Gericht oder bei Anwälten längere Zeit beschäftigt gewesen sind, zu dem Examen zugelassen werden, wenn der Landgerichtspräsident ihnen bescheinigt, daß sie die nötige allgemeine Bildung, die an und für sich durch das Einjährigexamen nachgewiesen werden muß, erworben haben. Ich bin überzeugt, daß augenblicklich beim Gericht kein Schreiber ist, der sich um diese Stellen bewirbt, sonst würde mir das bekannt sein, er würde sich bei mir gemeldet haben. Tatsache ist aber, daß junge Leute aus Volksschulen als Schreiber noch das Einjährige gemacht haben. Wir haben gerade im letzten Jahre vier unserer Schreiber mit in die Justizanwärterkarriere übernommen, die aus Volksschulen hervorgegangen sind und das Einjährige nachträglich gemacht haben.

Herr Garves: Ich verstehe nicht, wie die Lücke hat entstehen können, daß so plötzlich das Bedürfnis vorliegt. Man hat doch lange Jahre genug Leute gehabt und es wird uns mitgeteilt, daß auch jetzt noch 20 Leute vorhanden sind, die darauf warten. (Herr Richter Castendyl: Die können erst später genommen werden!) Warum hat man nicht beizeiten Fürsorge getroffen, daß der Bedarf gedeckt werden konnte? Dann wäre die Lücke nicht entstanden. Ohne Frage ist die Sache falsch gehandhabt worden.

Herr Notar A. Tebelmann: Ich habe erklärt und zugegeben, daß augenblicklich ein Bedürfnis für die Heranziehung auswärtiger Justizanwärter bestehen mag, und Herr Richter Castendyl führte aus, daß zurzeit zwei Stellen unbefetzt seien, wozu im nächsten Jahre noch vier bis fünf kämen. (Herr Richter Castendyl: Nicht noch, sondern zusammen, im ganzen fünf!) Wenn wir aber erst den Anfang gemacht haben, von auswärts Justizanwärter heranzuziehen, so findet das Nachahmung. Deshalb halte ich es für notwendig, daß wir die Voraussetzung, die ich beantragt habe, bei dem Beschluß zum Ausdruck bringen. Ich möchte deshalb bitten, diesen Antrag zu genehmigen:

Sie spricht hierbei jedoch die Erwartung aus, daß bei der Besetzung dieser Stellen soweit als möglich hiesige Bewerber berücksichtigt werden.

Herr Richter Castendyl: Gegen das, was Herr Tebelmann beantragt, habe ich nichts einzuwenden, es ist nur überflüssig. Ich will Herrn Garves gegenüber nur kurz ausführen, daß wir leider das Bedürfnis nicht haben übersehen können, daß es uns über den Kopf gewachsen ist. Als ich am Ende des Jahres 1903

die Aufsichtsführung am Amtsgericht übernahm von meinem Vorgänger, dem jetzigen Herrn Senator Lürman, jagte mir dieser, er glaube, ich dürfe die Zahl von zehn Justizanwärtern auch für die Zukunft nicht verringern. Wir glaubten, diese Zahl würde für lange Jahre ausreichen. Als wir den Irrtum einsahen, haben wir die Zahl sofort erhöht. Es vergehen aber vier bis fünf Jahre, ehe die jungen Leute zum Examen kommen können, und das Bedürfnis ist stärker gestiegen, als wir erwartet hatten.

Der Antrag des Senats wird mit dem Antrage Tebelmann angenommen.

Präsident: Herr Senator Lürman und Herr Gewerberat Wegener warten bereits eine Stunde für die Verhandlungen, betreffend den Jahresbericht des Gewerbeinspektors. Ich möchte Ihnen vorschlagen, diesen Gegenstand jetzt vorzunehmen.

Herr Rhein: Herr Präsident! Meine Herren! Ich möchte zur Geschäftsordnung den Antrag stellen, den Gegenstand „Jahresbericht des Gewerbeinspektors“ für heute von der Tagesordnung abzusetzen.

Als wir die Tagesordnung sahen, haben wir annehmen müssen, daß bei den ersten Gegenständen lange Verhandlungen nicht erforderlich sein würden, so daß ausreichend Zeit bleibe zur Beratung dieses Gegenstandes. Nun kommt die Vorlage erst ziemlich spät zur Verhandlung und es würde keine genügende Debatte mehr darüber erfolgen können, zumal ein Teil meiner Freunde heute noch andere Verpflichtungen haben (Hört! Hört!). Tatsächlich: sie haben Verpflichtungen übernommen, nicht zu ihrem Vergnügen gehen sie fort, sondern bestimmte Verpflichtungen verhindern sie, hier zu bleiben. Sie möchten selbstverständlich an den Verhandlungen teilnehmen, und ich möchte deshalb bitten, den Gegenstand auszusetzen. Es ist ja außerordentlich unangenehm für die Senatskommissare, die so lange schon erwartet haben, wieder fortgehen zu müssen, aber das müssen sie vertragen, und sie werden gern bereit sein, wieder einmal zu uns zu kommen.

Präsident: Ich möchte nur anführen, daß der Gegenstand vor einigen Sitzungen schon verhandelt werden sollte, aber auf Wunsch der Herren von jener Seite abgesetzt worden ist: es war der Abend, als Herr Ebert in Bremen seinen Vortrag hielt. Für heute war der Gegenstand bestimmt in Aussicht genommen, beide Herren warten seit 1/4 vor 8, es ist unmöglich, sie noch länger warten zu lassen.

Herr Feuß: Ich wollte mich in demselben Sinne äußern. Ich bitte in die Verhandlungen einzutreten und zwar aus demselben Grunde. Wir haben den Gegenstand einmal ausgesetzt, und außerdem ist der Jahresbericht lange genug in den Händen der Herren, so daß heute abend wohl darüber verhandelt werden

kann. Uebrigens hat der Herr Präsident den sehr begreiflichen Wunsch, nächsten Mittwoch in die Budgetberatung einzutreten, und es würde sich empfehlen, einen solchen Gegenstand, wie diesen, vor der Budgetberatung zu erledigen.

Herr Henke: Es wäre uns sehr erwünscht, zu erfahren, ob neulich, als der Gegenstand ausgesetzt wurde, der Senatskommissar und der Gewerbeberater bestellt waren. Wenn das der Fall gewesen ist, dann liegt derselbe Fall vor wie heute. Es sind Bedenken erhoben worden auf der rechten Seite, als mein Freund Rhein den Antrag stellte, den Gegenstand auszusetzen. Ich bitte zu bedenken, daß oft Sitzungen ausfallen wegen anderer Festlichkeiten, die Ihnen näher liegen als uns und daß dadurch verhängnisvolle Verzögerungen eingetreten sind. Ich möchte sagen, daß es eine hoshafte Politik wäre, die Sie treiben, wenn Sie unsern Antrag ablehnen würden. Ich bitte nochmals, den Gegenstand auszusetzen, und die Herren werden warten können bis nächsten Mittwoch. Wenn der Herr Gewerbeberater wieder fortgehen muß, dann werden wir ihm gelegentlich ein Wort der Entschuldigung sagen.

Der Antrag Rhein wird mit 39 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Nr. VII der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 31. März 1909: Jahresbericht der Gewerbeinspektion.

Senatskommissar: Herr Senator Dr. Lürman.

Beigeordneter: Herr Gewerbeberater Wegener.

Herr Rauch: Der diesjährige Bericht sieht aus, wenn man die Zahl der Revisionen ansieht, als ob eine Besserung gegen die Vorjahre eingetreten wäre. Die Zahl der Revisionen hat zugenommen gegen die Vorjahre, wie es ja auch in der Natur der Sache liegt. Wenn man aber trotzdem tiefergehende Vergleiche anstellt mit den Zahlen der vorausgegangenen Jahre, so kommt man zu anderen Resultaten. Im Jahre 1905 sind nur fünf Betriebe nicht revidiert; 1908 waren es 47. Das ist jedenfalls ein bedauerlicher Rückschritt. Noch größer wird dieser, wenn man sich die Zahlen der in diesen nicht revidierten Betrieben beschäftigten Arbeiter ansieht. Da stellt sich heraus, daß im Jahre 1905 erfreulicherweise nur 10 Arbeiter in nicht revidierten Betrieben beschäftigt waren. Im Jahre 1908 ist diese Zahl gestiegen auf 134. Die Schuld an diesem Rückschritt wird die Gewerbeinspektion nicht treffen, sondern die Instanzen, die darüber zu bestimmen haben, über wieviel Kräfte die Gewerbeinspektion verfügen soll. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Zahl der Revisionen viel zu gering ist.

Es müßte, wenn sie ihren Zweck vollauf erfüllen sollen, die Zahl verzehnfacht werden. Nur dann könnte erreicht werden, was durch die Gewerbeinspektion erreicht werden soll. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal an den Herrn Gewerbeberater die Anfrage richten, ob die Unternehmer stets oder zeitweilig oder nie von dem Stattfinden der Revisionen vorher unterrichtet werden. Derartige ist verschiedenen Gewerbeinspektionen des östern nachgewiesen. Unter solchen Umständen sind dann natürlich die Revisionen wertlos, die Unternehmer können sich aufs feinste darauf vorbereiten und alles in Schutz bringen, so daß ordnungswidrige Zustände herzlich wenig zu finden sind. Ich möchte bitten, darüber Aufschluß zu geben, wie in Bremen diese Sache gehandhabt wird. Wir haben wiederholt betont, daß die Gewerbeinspektion dann nur den größtmöglichen Erfolg erzielen kann, wenn die Unternehmer jeden Augenblick damit rechnen müssen, daß eine Revision vorgenommen wird. Dazu ist allerdings nicht nur eine häufige, sondern auch eine unangemeldete Revision erforderlich. Die Kosten, die durch Neuansetzung von Kräften zu solchem Ausbau entstehen, dürfen wir nicht scheuen. Es hängen zum großen Teile Gesundheit und das Leben der Arbeiter davon ab. Es ist zu verstehen, wenn die Unternehmer für einen derartigen Ausbau der Gewerbeinspektion wenig Sinn haben, sie treffen die Unfälle nicht, aber es wäre nicht zu verzeihen, wenn die Arbeitervertreter nicht jede Gelegenheit wahrnehmen würden, für den mustergiltigen Ausbau der Gewerbeinspektion mit aller Energie einzutreten. Die Intensität der Arbeiter steigert sich von Jahr zu Jahr, und in den letzten Jahrzehnten hat sie so ungeheuer zugenommen, daß die Unfallsgefahren unendlich viel erhöht sind. Die Hast der Arbeitsweise, die sich immermehr steigert, bringt es naturgemäß mit sich, daß der Arbeiter unachtsam wird und werden muß gegen die Gefahren, die ihn umgeben. Der Bericht aber macht den Arbeitern einen sehr schweren Vorwurf. Es heißt darin:

es sei erstaunlich, mit welcher Sorglosigkeit und Leichtfertigkeit die Arbeiter bei der Handhabung oder Nichthandhabung von irgend welchen Schutzvorrichtungen verfahren.

Es wird den Arbeitern sogar unverbesserlicher Leichtsinns in dieser Frage zur Last gelegt. Das heißt denn doch die Tatsachen auf den Kopf stellen. Schuld sind durchweg die niedrigen Löhne einerseits und die unzureichenden Schutzvorrichtungen andererseits. Die niedrigen Löhne zwingen die Arbeiter zu immer größerer Hast, und daher muß es dahin kommen, daß es ihnen unmöglich wird, auf alles das acht zu geben, was ihnen in ihrer Umgebung Gefahr bringen kann. In wirtschaftlich ungünstigen Zeiten, wie die gegenwärtigen, geht man in sehr vielen großen Betrieben, hinter denen die Macht der Unternehmerorganisationen steht, mit Lohnherabsetzungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu Werke.

So auch im Betriebe der Aktiengesellschaft „Weiser“, die auch im Berichte in anderer Beziehung zwar nicht genannt, aber angedeutet wird. Dort hat man Akkord-Lohnkürzungen von 5—10 % eintreten lassen. Das muß zur Folge haben, daß, wenn die Arbeiter nur denselben Lohn verdienen wollen, der doch ohnehin schon unzulänglich ist, sie mit um so größerer Hast arbeiten müssen. Das muß die Unfallgefahren um vieles vergrößern.

Wie ist solchen Gefahren entgegenzutreten? Nicht in dem Sinne, wie es die Gewerbeinspektion ins Auge zu fassen scheint, nicht dadurch, daß der Unternehmer sie ermahnt, Obacht zu geben, ihnen immer entweder in warmherziger oder in drohender Weise zur Pflicht macht, die Schutzvorrichtungen zu benutzen; eine Verminderung der Unfallgefahren ist bei der heutigen Hast der Arbeitsweise nur herbeizuführen durch eine durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit; nur dadurch ist es möglich, den Körper des Arbeiters während der ganzen Arbeitszeit in der nötigen Spannkraft zu erhalten. So müssen die Dinge betrachtet werden, dann kommen wir zu andern Resultaten bei der Würdigung dessen, was geschehen muß, um die Unfälle zu vermindern oder möglichst zu verhindern. Wir Arbeiter haben schon seit vielen Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden gefordert, und gerade heute haben nicht nur die bremischen Arbeiter, sondern die Arbeiter der ganzen Welt für die Erringung des achtstündigen Arbeitstages demonstriert. (Zuruf: Mit der roten Rose!) Und immer wenn sie diese Forderung erheben, werden sie verlacht. (Zuruf.) Die lebhaften Zwischenbemerkungen, die von einem Herrn oder von zweien gemacht werden, beweisen es aufs neue. Wenn die Arbeiter die Forderung des Achtstundentages erheben, dann wird gesagt, daß sie es täten, um sich Zeit für Vergnügungen zu schaffen, oder es wird gesagt, es sei eine politische Forderung, der man mit allem Nachdruck entgegenarbeiten müsse. Und wollen die Arbeiter durch Demonstration ihrer Forderung Nachdruck verleihen, dann werden sie in vielen Fällen gemahregelt, wie es ja auch im Berichte aufs neue bewiesen ist. Es ist dort gesagt, daß in neun Betrieben Aussperrungen anlässlich der vorjährigen Maifeier stattgefunden haben. Tage- ja wochenlang sperrt man die Arbeiter aus, weil sie sich erlauben, am 1. Mai nicht in das Joch zu kriechen, sondern sich einen freien Tag zu nehmen, um für die Verkürzung der Arbeitszeit mit Nachdruck zu demonstrieren. (Zuruf.) (Präsident: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.) Da möchte ich die Frage an den Herrn Gewerberat richten, der infolge seiner Tätigkeit einen tieferen Einblick gewinnen muß in die Gefahren des heutigen Arbeitsgetriebes, wie er über die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden denkt. Es wäre mir außerordentlich interessant, das Urteil der Gewerbeinspektion darüber zu hören. Ich bin überzeugt, daß es anders ausfällt, als das, was

mir soeben in einer mir leider unverständlich gebliebenen Zwischenbemerkung entgegengerufen wurde. Der Bericht läßt sich über die Notwendigkeit der achtstündigen Arbeitszeit nicht aus. Es wird wohl erwähnt, daß auf der Aktiengesellschaft „Weiser“ die Arbeitszeit verkürzt ist auf acht Stunden; es wird auch gesagt, daß die achtstündige Arbeitszeit eine große soziale Bedeutung in sich schließt, und besonders hervorgehoben, daß diese soziale Bedeutung sich noch dadurch vergrößert, daß die Arbeiter diese Verkürzung über sich ergehen lassen, trotzdem sie dabei einen Lohnausfall haben, sie hätten die Arbeitslosigkeit dadurch vermindern wollen. Das ist richtig. Sie haben die Ungunst der Lage auf dem ganzen Arbeitsmarkt gemeinsam auf sich nehmen wollen. Das hat allerdings zur Folge gehabt, daß niedrigere Löhne gezahlt wurden, dadurch wird selbstverständlich die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung auf den Körper des Arbeiters wieder illusorisch gemacht; denn unter solchen Umständen wird es den Arbeitern unmöglich gemacht, ihre Existenz auch nur in der bisherigen dürftigen Weise weiter zu fristen, und so muß der Segen der verkürzten Arbeitszeit durch noch unzureichendere Ernährungsmöglichkeiten wieder wettgemacht werden. Wenn wir die Dinge so betrachten, werden wir zu anderen Schlüssen über die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit kommen als die Gegner, als vor allen Dingen die Scharfmacher, die infolge ihres großen Geldsacks ein überaus genussreiches Leben führen und sich über solche Dinge kaum ein Bild machen können.

Die Schutzvorrichtungen sind auch oft sehr viel schuld daran, daß die Unfälle in so großer Zahl zu verzeichnen sind. Auch in dem Bericht wird solcher Fälle Erwähnung getan. Dort ist z. B. die Rede von Sicherheitswellen an den Abriecht-Hobelmaschinen. Es wird gesagt, daß durch diese Sicherheitswellen — man möchte Sicherheit in Gänsefüßchen setzen — Hand- und Fingerverletzungen vermindert, aber andere Unfälle herbeigeführt werden durch Abfliegen der Messer. Unfälle, die meist weit schwerer sein werden. An einer anderen Stelle ist von einem Unfälle die Rede, der durch eine Schwungradexplosion herbeigeführt worden ist. Die Darstellung des Falles ist mir nicht ganz verständlich geworden. Es wird dort gesagt, es werde vermutet, daß ein Riemen gerissen sei, daß dadurch die Maschine entlastet wurde, dann der Regulator den Bock zerbrochen habe und dadurch die Maschine durchgegangen sei; der ungeheueren Erhöhung der Zentrifugalkraft sei die Haltbarkeit des Schwungradmaterials nicht gewachsen gewesen, so daß das Schwungrad auseinanderflog. Wird nun vermutet, daß der Riemen überhaupt gerissen ist, oder daß das Reißen des Riemens eine Folge dieser Vorgänge gewesen ist? Ich meine, das Reißen des Riemens hätte doch festgestellt werden können. Aus dem Bericht geht das nicht recht hervor. Vielleicht ist der Herr Gewerberat in der Lage, Aufschluß geben zu können.

Was die hygienischen Verhältnisse in den einzelnen Betrieben betrifft, so ist es ja erfreulich, daß künftig eine wirksame Verbindung zwischen der Gewerbeinspektion und dem Gesundheitsrat hergestellt sein wird. Es heißt in dem Bericht, daß der Kreisarzt als technischer Berater der Gewerbeinspektion zur Verfügung steht. Die Zahl der von der Gewerbeinspektion getroffenen hygienischen Anordnungen zum Schutz vor gesundheitschädlichen Einflüssen (ein Druckfehler läßt den Bericht sagen: Schutz von gesundheitschädlichen Einflüssen) beträgt 254. Die große Zahl der Anordnungen der Gewerbeinspektion beweist, wie ja auch der Bericht hervorhebt, die Mangelhaftigkeit von Arbeitsräumen, die in außerordentlich vielen Fällen zu verzeichnen ist. Hier kam mit einem viel größeren Recht von Sorglosigkeit, allerdings nicht der Arbeiter, sondern der Unternehmer gesprochen werden. Das ist aber in dem Bericht nicht hervorgehoben worden; betont ist nur, daß der Widerstand der Unternehmer gegen solche Einrichtungen, gegen Verbesserungen der hygienischen Verhältnisse, manchmal außerordentlich hartnäckig sei. Es wird angeführt, daß Unternehmer sich sehr gegen die Einführung von Wascheinrichtungen sträubten, und im Anschluß daran hervorgehoben, daß dieser Widerstand der Unternehmer noch gestützt worden sei, daß die Arbeiter solchen Einrichtungen selbst abgeneigt seien, sie nicht benutzten. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß der Hauptanlaß dieser Abneigung der Arbeiter meist in der Unzulänglichkeit der Einrichtungen selbst besteht. Stellen Sie sich Wascheinrichtungen vor, die vielleicht für 2 bis 3 Arbeiter genügen, aber von 20, 30, 40, oder 50 Arbeitern benutzt werden sollen. Will man ihnen zumuten, daß sie eine halbe Stunde warten, um sich des Schmutzes entledigen zu können? Oder würden Sie nicht leicht auch zu dem Gedanken kommen, daß die Arbeiter es vorziehen, möglichst rasch nach Hause zu kommen, um sich da zu reinigen? In der Zeit des Dortseins können sie oft den Heimweg schon zurückgelegt haben. So betrachtet, findet man, daß manches, was hier bezüglich der Abneigung der Arbeiter ausgeführt wird, hinfällig ist.

Außerordentlich tiefgehende Bemerkungen macht der Bericht der Gewerbeinspektion über die ungenügenden Einrichtungen in den Arbeitsräumen der Bäckereibetriebe. Es wird dort zum Beispiel gesagt, daß die Schlaf- und Wohnräume der Bäckergehilfen außerordentlich düstert sind: niedrige, schräge Bodenkammern, die sonst zu nichts zu gebrauchen sind. Nachdem die Gewerbeinspektion darauf gedrungen hat, daß einigermaßen für Lüftung und Licht gesorgt ist, und daß Einzelbetten vorhanden sind, sind die Räume immer noch so unzulänglich, daß sie in vielen Fällen nicht den notwendigsten Anforderungen entsprechen; es ist dort keine Heizung, kein Tisch, kein Stuhl, keine Wascheinrichtung, keine künstliche Beleuchtung, so daß die Gesellen es oft vorziehen, in den dunstigen und überhitzten Arbeitsräumen zu schlafen.

Das zeigt in überaus krasser Weise, wie notwendig es ist, die Sache mit aller Energie zu ändern. Krasser kann es uns nicht vor Augen gestellt werden. Der Gewerbeinspektion scheint aber auch manches noch nicht zur Kenntnis gekommen zu sein. Als geradezu verurteilenswert muß aufs energischste bekämpft werden, wenn die Bäckergehilfen, die eine neue Stelle antreten, gezwungen werden, in Betten zu schlafen, die nicht mit reiner Wäsche versehen sind. Dadurch werden sicher oft Krankheiten übertragen. Es ist jedenfalls recht bezeichnend, daß im vorigen Winter zu gleicher Zeit vier Bäckergehilfen in einer hiesigen Krankenanstalt mit Krätze behaftet lagen. Sie führten es darauf zurück, daß sie bei ihrem Antritt unsaubere Bettwäsche vorgefunden. Wenn man sich diese Sachen vergegenwärtigt und daraus einen Schluß auf den Reinlichkeits Sinn mancher Bäckermeister zieht, könnte einem der Brotenuß geradezu verkehrt werden. Gegen die Unsauberkeit in Bäckereien ist schon sehr viel geredet und geschrieben worden, und von sozialdemokratischer Seite in erster Linie, so daß die Gesetzgebungsfaktoren sich schließlich nicht enthalten konnten, gegen die Unsauberkeit in den Bäckereien etwas zu unternehmen. Es hat langer Kämpfe bedurft, ehe durch Bundesratsverordnung endlich etwas Abhilfe gebracht wurde; es wird ja auch wohl mehr geschehen.

Es wird dann in dem Bericht weiter gesagt, daß Arbeiter zu Revisionen hinzugezogen würden. Allerdings nicht in dem Sinne, wie es verlangt worden ist von der sozialdemokratischen Fraktion. Jetzt ist die Einrichtung so getroffen, daß, wenn der Gewerbeinspektor bereits im Betriebe anwesend ist, ein Mitglied des Arbeiterausschusses hinzugezogen wird, der die Aufgabe hat, die Gewerbeinspektion auf Mängel, die ihm bekannt sind, hinzuweisen. Diese Einrichtung wird im Gewerbeinspektionsbericht als ein großer Vorteil hingestellt, als etwas, wovon man sich in Zukunft viel versprechen dürfe. Ich meine aber, daß man sich davon nichts großes versprechen kann. Der Arbeiter befindet sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu dem betreffenden Unternehmer und infolge dieser Abhängigkeit wird er oft gezwungen sein, ein Auge oder beide Augen zuzudrücken und so zu tun, als hätte er nichts gesehen. Darum kann ich mir von dieser Einrichtung nicht allzuviel versprechen. Soll etwas ganzes geschaffen werden, dann kann es nach meiner Auffassung nur geschehen dadurch, daß der Gewerbeinspektor darauf dringt, daß Gehilfen angestellt werden aus Arbeiterkreisen, wie es seinerzeit von der sozialdemokratischen Fraktion verlangt worden ist. Der Bericht weist selbst darauf hin, daß mit dem „den Arbeiterkreisen nahestehenden Beamten“, der infolge eines Beschlusses der Bürgererschaft wegen dieser Eigenschaft angestellt ist, sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind. Wir sind überzeugt, wenn man noch einen Schritt weitergeht und unabhängige Arbeiter, Gewerbeinspektionsgehilfen aus Arbeiterkreisen, zu den amtlichen Revisionen heranzieht, würde man

auch damit die allerbesten Erfahrungen machen. Das würde sehr viel dazu beitragen, der Gewerbeinspektion die Arbeiten zu erleichtern und ihren Arbeiten einen größeren Wert zu verleihen. Und ich richte hierbei die Frage an den Gewerberat, wie er sich zu der Frage der Anstellung der Gewerbeinspektionsgehilfen aus Arbeiterkreisen stellt.

Es wird dann bedauert die große Zunahme der Beschäftigung von Kindern beim Kegelaufsetzen. Der Bericht der Gewerbeinspektion fordert darüber eine schärfere Kontrolle, ob diese Kinder nach 8 Uhr beschäftigt werden. Da möchte ich die Frage aufwerfen: Was hindert bis jetzt die Gewerbeinspektion, eine schärfere Kontrolle auszuüben, ob diese Kinder nach 8 Uhr abends noch beschäftigt werden? Es wird darüber nichts bestimmtes gesagt. Aber erst wenn das geschieht, lassen sich Vorkehrungen treffen und Vorschläge machen, damit in Zukunft die Kontrollmöglichkeit der Gewerbeinspektion, falls sie jetzt nicht ausreichend ist, gestärkt wird. Mit den geringfügigen Bestrafungen, die der Arbeitgeber, der das Kinderschutzgesetz übertritt, zu erwarten hat, wird man diesen Uebertretungen kein großes Hindernis bereiten können. Es wird im Berichte gesagt, daß 25 Bestrafungen in Höhe von 1—3 M. erfolgt sind. In sehr vielen Fällen wird aber der Vorteil aus der Uebertretung des Kinderschutzgesetzes viel größer sein, als der Nachteil der Strafe, und deshalb kann man sie gar nicht als Strafe betrachten. Das haben wir oft betont, leider ist es von den maßgebenden Instanzen nicht in der Weise beherzigt worden, als es geschehen müßte, um der Kinderschutzgesetzgebung die nötige Wirksamkeit zu verleihen.

Ueber die Arbeitsbücher läßt der Bericht sich abfällig aus. Mir scheint es auch, daß das Arbeitsbuch für die Arbeiter mindestens ebenso viele Nachteile als Vorteile hat: ich glaube sogar, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen. Durch die Arbeitsbücher wird es oft den Arbeitern sehr schwer gemacht, in eine andere Stelle hineinzukommen. Ein Blick in das Arbeitsbuch — vielleicht hat der Arbeiter die Stelle öfter gewechselt, als dem Unternehmer angenehm ist — genügt oft, den Arbeiter abzuweisen. Allerdings sind auch noch andere Gründe vorhanden, die für die Beseitigung der Arbeitsbücher sprechen. Deshalb wäre es jedenfalls wünschenswert, wenn das, was die Gewerbeinspektion durchblicken läßt, was auf die Beseitigung der Arbeitsbücher gerichtet ist, nicht unbeachtet bleibt. (Unruhe.) (Präsident: Ich bitte um etwas Ruhe.) Allerdings könnte ich mich nicht einverstanden erklären, daß die Kontrollmöglichkeiten, die ich eben angedeutet habe, durch das Arbeitsbuch auf anderem Wege wieder eingeführt würden, vielleicht in ähnlicher Weise, wie es in der Invaliditätsgesetzgebung der Fall ist. Diese Kontrollmaßnahmen würden nachteilig für den jungen Arbeiter sein, und deswegen

würden wir sie bekämpfen. Es genügt, wenn ein solcher Arbeiter den Ausweis hat, wo er zuletzt gearbeitet hat und dem Unternehmer nachweist, ob und in welcher Branche er leistungsfähig ist. (Zuruf: Oder auch nicht!) Das muß dem Unternehmer vollauf genügen, ob er den Arbeiter anstellen will oder nicht.

Ein recht betrübendes Licht wirft der Bericht auf die Lehrlingszuchterei. Man muß es geradezu als Skandal bezeichnen, wenn bei einem Tischler und einem Schlosser neben 6 Lehrlingen ein Geselle oder wenn 4 Lehrlinge und kein Geselle beschäftigt werden. Solche Zustände müssen bekämpft werden. Was soll aus solchen jungen Leuten werden, wenn nur eine ausbildende Kraft da ist und auch diese nicht den ganzen Tag im Betriebe tätig sein kann? Die jungen Leute, die so zu Tischlern, Schlossern oder andern Handwerkern herangebildet werden, können dann schließlich als ungelernete Arbeiter in irgend einer Fabrik Unterkunft suchen. Freilich werden die ungelerten jungen Arbeiter in den Fabriken nicht minder ausgebeutet, als die Lehrlinge, und da weist die Gewerbeinspektion auf die Textilindustrie hin. Ausdrücklich wird da gesagt, daß das schlechte Aussehen der jugendlichen Arbeiter in den Textilbetrieben hinweist auf einen Mangel an genügender Ernährung. Es ist bezeichnend, daß z. B. in der Spinnerei an der Nordstraße 20 % Dividende gezahlt sind. Wenn man sich das, was der Gewerbeinspektionsbericht über das schlechte Aussehen und die mangelhafte Ernährung der Textilarbeiter sagt, vergegenwärtigt und diesem gegenüberstellt die gewaltige Dividende, die in den letzten Jahren ausgezahlt ist, die von 12 %, in welcher Höhe sie einige Jahre ausgezahlt worden ist, auf 16 % stieg und im letzten Jahre auf 20 % gestiegen ist, dann erkennt man erst recht, wie notwendig der Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeutung ist.

Außerordentlich groß ist die Zahl der weiblichen Arbeiter in der Textilindustrie, und um so mehr erfreulich, daß die Gewerbeinspektion es unverhohlen ausspricht, daß die zehnstündige Arbeitszeit für die weiblichen Arbeiter noch immer zu lang ist, namentlich für die Frauen, die außerhalb der Fabrik noch eine Reihe von Verpflichtungen zu erfüllen haben. Wir haben das stets betont, aber von anderer Seite ist es mit aller Entschiedenheit bekämpft worden. Es ist ja schließlich dahin gekommen, daß die zehnstündige Arbeitszeit für Frauen eingeführt wurde, aber notwendig ist es, daß die Arbeitszeit weit unter zehn Stunden verkürzt wird, und nicht nur für Frauen allein, sondern auch für Männer.

Ziemlich zum Schluß weist der Bericht auf Dienstjubiläen und das Prämienwesen hin. Es wird gesagt, daß in einem Betriebe, wenn die Arbeiter darin eine Reihe von Jahren beschäftigt sind, sie Prämien bekommen in Gestalt von Sparkassenbüchern. Der Arbeiter hat das Buch und der Unternehmer die Kontrollmarke oder umgekehrt. Die Tatsache der Auf-

nah
solch
stets
sehen
zu f
Des
Mög
befä
Ber
tiefe
das
Betr
wir
Ber
Er
zu
Es
kriti
es
den
die
wie
kürz
and
bitte
Gest
ganz
Herr
in d
ist in
Reich
daß
kann
über
vorh
ganz
100
nehm
ist d
genof
zu re
nicht
wolle
Sch
Beric
gedri
demo
ein
Genu
zu v
Wari
es so

nahme in den Bericht sieht aus wie eine Empfehlung solcher Einrichtungen. Wir müssen solche Einrichtungen stets bekämpfen, denn wir können nichts anderes darin sehen als die Absicht, die Arbeiter fester an den Betrieb zu fesseln; und das muß sehr nachteilig für sie sein. Deshalb haben wir alle Einrichtungen, die solche Möglichkeiten zulassen, stets mit aller Entschiedenheit bekämpft, und die Gewerbeinspektion würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie auf diesem Gebiete etwas tiefer sehen würde. Sie würde zu Tage fördern, daß das Abhängigkeitsverhältnis der Arbeiter von diesen Betrieben sehr viel dadurch vergrößert wird.

Das sind im allgemeinen die Ausführungen, die wir zu dem Gewerbeberichte zu machen haben. Der Bericht ist ja ziemlich umfangreich; das ist erfreulich, er umfaßt eine Reihe von Sachen, über die man gern zu jeder Zeit die Möglichkeit der Information hat. Es wäre allerdings zu wünschen, daß der Bericht mehr kritisch an solche Sachen herginge. Vielleicht kommt es in Zukunft dahin. Vor allen Dingen möchte ich den Herrn Gewerberat bitten, daß er über die Fragen, die ich ihm vorgelegt habe, sich äußert und uns sagt, wie die Gewerbeinspektion sich zu der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden und zu den andern Fragen stellt, die ich aufgeworfen habe. Ich bitte nochmals, diesen Aufschluß zu geben.

Herr Gewerberat Wegener: Herr Präsident! Gestatten Sie mir, daß ich die vorgelegten Fragen ganz kurz beantworte. Zunächst handelt es sich für Herrn Rauch darum, zu erfahren, ob die Revisionen in den Fabriken vorher angemeldet werden. Das ist in früheren Jahren nicht nur hier, sondern auch im Reichstage wiederholt erörtert und immer gesagt worden, daß sie selbstverständlich nicht angemeldet werden. Ich kann aus den Akten nachweisen, daß verschiedene Klagen über uns beim Senate eingelaufen sind, das wir uns vorher nicht angemeldet haben. (Hört, hört!) Es ist ganz ausgeschlossen, — ich darf sagen in 99 unter 100 Fällen — daß die Arbeitgeber von den vorzunehmenden Revisionen Bescheid wußten. Wiederholt ist der Wunsch von Vertrauensleuten einzelner Berufsgenossenschaften ausgesprochen, mit uns gemeinschaftlich zu revidieren, jedoch abgeschlagen worden, weil vorher nicht bekannt werden soll, welche Betriebe wir revidieren wollen.

Ferner wünscht Herr Rauch Aufschluß über die Schwungradexplosion. Ich habe ausdrücklich im Berichte „vermutlich“ gesagt, mich nicht bestimmt ausgesprochen. Ob wirklich das Schwungrad und die Maschine demoliert wurden durch Reißen des Riemens oder ob ein Bruch des Räderwerks zum Regulator erfolgt ist. Genug, es ist explodiert, glücklicherweise ohne Menschen zu verletzen; damit ist für uns die Sache erledigt. Warum sollten wir uns in Vermutungen ergehen, ob es so oder so gekommen ist.

Dann hat Herr Rauch gewünscht — so habe ich ihn verstanden — ein Wort von mir über die Waschklosetts zu hören. Herr Präsident, die Gewerbeordnung schreibt Waschklosetts nur da vor, wo Männer und Frauen zusammen arbeiten und die Beschäftigung ein Umkleiden und Reinigen nach der Arbeit erforderlich macht, und zwar müssen alsdann getrennte Waschklosetts und Waschräume vorhanden sein. Wo ausschließlich Männer arbeiten, sind durch das Gesetz Waschklosetts nicht vorgeschrieben. (Zuruf: Leider!) Wir bemühen uns jedoch, Waschklosetts herstellen zu lassen, gehen also weiter, als die Gewerbeordnung verlangt und sind dankbar, wenn solche Einrichtungen gemacht werden. Das Gesetz schreibt da, wo sie vorhanden sein dürfen, vor, daß für fünf Personen eine Waschklosetts zu rechnen ist.

Weiter richtete der Vorredner die Frage an mich, wie ich zur Verkürzung der Arbeitszeit mich stelle. An verschiedenen Punkten des Berichts ist über die Arbeitszeit gesprochen. Herr Rauch selbst hat einiges wiederholt, unter anderem, daß für die Arbeiterinnen in der Textilindustrie die zehnstündige Arbeitszeit, wie sie seit Jahren hier besteht, zu lang ist im Interesse der Arbeiterinnen, die doch Zeit behalten müßten, sich ihrem Hausstande widmen zu können. An einer anderen Stelle, bei den Unfallgefahren — nicht in diesem Bericht, sondern in einem früheren — ist darauf hingewiesen, daß eine zu lange Arbeitszeit und besonders Ueberstunden eine Uebermüdung der Arbeiter und damit mehr Unfälle herbeiführen. Auf Seite 8 unter C wird von „erfreulichem Fortschritt in der Verkürzung der normalen Arbeitszeit“ gesprochen. Ich bin auch der Ueberzeugung, daß die Arbeitszeit von 10 Stunden noch weiter ermäßigt werden wird und habe im Bericht auch erwähnt, daß einzelne Betriebe schon eine neunstündige Arbeitszeit haben; ob die achtstündige durchgeführt wird, weiß ich nicht. In einzelnen Großbetrieben mit Tag- und Nachtschichten kommt sie ganz von selbst.

Auf diese Bemerkungen glaube ich mich beschränken zu können.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Herr Leymann.

Ueber den Schluß.

Herr Henke: Ich glaube mich nicht getäuscht zu haben, daß die Anwesenden den Ausführungen meines Freundes Rauch mit sichtlichem Interesse gefolgt sind, und ich schliesse daraus, daß dieses Interesse auch noch weiter vorhalten wird. Bei anderen Dingen, z. B. bei der Besprechung der Dampfheizung in Ellen, haben wir sehr lange zuhören müssen, ohne davon eigentlich etwas profitiert zu haben. Ich bin der Meinung, daß bei dem Interesse, das die Bürgerschaft an dem vorliegenden Bericht nimmt, sie jedenfalls auch noch etwas

länger aushalten wird. Wir hatten ja von vornherein gewünscht, daß die ganze Verhandlung verschoben werde, nachdem sie aber einmal begonnen ist, sollte sie auch gewissenhaft und gründlich zu Ende geführt werden.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Herr Leymann: Herr Präsident! Meine Herren! Wenn man die Ausführungen des Herrn Rauch hört, so sollte man sagen: alles, was in sozialpolitischer Hinsicht geschehen ist, ist null und nichtig, nichts davon ist überhaupt brauchbar. Alles was geschehen ist, die ganze Arbeit der Gewerbeinspektion, wird kritisiert, es ist noch nicht genug geschehen, es ist nicht gut genug. Aber was vielleicht bessern könnte, das könnten die Herren selbst auf jener Seite im Interesse ihrer eigenen Arbeitskollegen, daß sie ihre Kollegen unterrichteten und sie aufklären in den Versammlungen über die Schutzvorrichtungen, damit sie sie bis in die Details kennen lernen, damit kein Unfall passieren kann, daß sie ihnen besonders predigten: Alle Einrichtungen, die zum Schutz gemacht sind, müssen unterhalten, dürfen aber nicht ruiniert werden. Wenn Sie das täten, ich gebe Ihnen die Versicherung, dann würden die Unfälle bis mindestens 50 Prozent heruntergedrückt werden. Das tun Sie aber nicht und das wollen Sie nicht, denn sonst würden Sie nicht solche Reden halten wie Herr Rauch. Ich kann konstatieren, daß der größte Teil der Unfälle — das kann durch die Berufsgenossenschaften nachgewiesen werden — durch Verschulden der Arbeiter passiert. (Hört! Hört!) Bis zu 60 Prozent aller Unfälle werden durch die Arbeiter verschuldet. Hier halten Sie Reden: Wir haben keine Schutzvorrichtungen! Aber wenn ich aus meinem Fach reden darf, so machen wir bei einem Bau zum Schutz eine Balkenlage und nach zwei drei Tagen ist es so, wie ich bereits im vorigen Jahre ausgeführt habe, da kann man fast mit einem Fuder Heu durchfahren. Haben wir das vielleicht getan in der Zwischenzeit? Haben wir die Schutzvorrichtungen, die wir im eigenen Interesse angelegt haben, ruiniert? Ich glaube nicht, daß das irgend einer annehmen kann. Die Arbeiter tun es, so ist es, dafür lasse ich meinen Kopf, sie ruinieren die Einrichtungen in der leichtfertigen Weise, wie es auch im Bericht steht. Hier aber stellen Sie sich hin und halten große Reden und Zitate, als ob Gott weiß Wunder was geschehen wäre. Herr Rauch sagte, die niedrigen Löhne zwängen die Arbeiter, die Schutzvorrichtungen nicht zu benutzen. Es ist unerhört, so etwas zu sagen. Wir haben gerade in Bremen nicht die allerniedrigsten Löhne, keine Hungerlöhne. Und nun sagen Sie: In Bremen werden so niedrige Löhne gezahlt, daß die Arbeiter darum die Schutzvorrichtungen nicht benutzen. Nein, die Leichtfertigkeit, die Sorglosigkeit der Arbeiter ist es, daß sie die Schutzvorrichtungen beiseite legen.

Ich komme dann zur Arbeitszeit. Herr Rauch hat dem Herrn Gewerberat die Frage vorgelegt, wie er darüber dächte. Der Bericht sagt aber schon auf Seite 332:

Im Gegensatz zu diesem erfreulichen Fortschritt in der Verkürzung der normalen Arbeitszeit bei fast gleichem Verdienst ist leider auch eine infolge der ungünstigen Konjunktur auf der größten bremischen Werft erforderlich gewordene vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit zu vermerken. Infolge der hier seit November eingeführten Achtstundenschicht sind naturgemäß auch die Verdienstverhältnisse erheblich ungünstiger geworden.

Der Herr Gewerberat sagte auch, daß er mit Freuden begrüßen würde, wenn eine immer noch kürzere Arbeitszeit eingeführt würde. Ich sage, im Gegensatz zu dem Gewerbeinspektor: es wäre bedauerlich, wenn die Arbeitszeit noch mehr verkürzt würde. (Hört! hört!) Es wäre das eine Schädigung des Rationalvermögens, wenn die Arbeitszeit heruntergedrückt würde. Es ist natürlich, daß Sie sagen: wir wollen eine Verkürzung der Arbeitszeit (Herr Blome: Regen Sie sich doch nicht auf!), um die Arbeiter noch mehr in der Hand zu haben, damit Sie die Leute, die zu Ihnen kommen, die Arbeiter auffällig und widerpenstig machen können. Das ist Ihr Zweck. Aber Gott sei Dank, wir haben auch noch mitzureden, wenn die Arbeitszeit noch weiter verkürzt werden soll. Wir werden die Arbeitszeit nicht mehr verkürzen, das versichere ich Ihnen, und wenn sie jahrelang streiken, darauf lassen wir es ankommen. Bis hierher und nicht weiter, dessen können Sie versichert sein. (Zuruf: Es geht auch ohne Leymann.)

Dann hat sich Herr Rauch so furchtbar über die Bäckereien aufgeregt. Ich will zugeben, daß es in einzelnen Bäckereien noch nicht so ist, wie es sein sollte, aber im allgemeinen kann man doch sagen: in den letzten 5—6 Jahren haben die Bäckereien ganz bedeutende Fortschritte gemacht in Betreff der Sauberkeit, Reinlichkeit und der sozialpolitischen Einrichtungen. Aber das wird von Herrn Rauch nicht anerkannt, und der Bericht des Herrn Gewerberats scheint es leider auch nicht anzuerkennen. Wenn aber Fortschritte gemacht sind und es sich gezeigt hat, dann meine ich, sollte das auch von der Behörde anerkannt werden. (Sehr richtig!) Aber die Leute werden kritisiert und kritisiert, was sie aber tun, das wird nicht anerkannt.

Dann sprach Herr Rauch von der Lehrlingszucht, besonders im Schlosserei- und Tischlereibetriebe. Meine Herren! In der Tischlerei ist es geradezu eine Miswirtschaft, daß dort gar keine Lehrlinge ausgebildet werden, fast gar keine in den großen Betrieben, z. B. von Klocke, meines Nachbarn Brasch, Schäfer & Co., Jacob und Schulze am Ostertorssteinweg. Sie alle zusammen haben nicht einen einzigen Lehrling. Und da spricht man noch von großer Lehrlingszucht! Im ganzen werden in Bremen in jedem Jahre durchschnittlich 40—50 Tischlerlehrlinge ausgebildet. Ich würde es für gut halten, wenn da die Gewerbe-

insp
find
Dann
jagen
jagen
werd
kann
Kern
zücht
die s
glau
Auge
spinn
leitun
sorge
order
große
würde
(Zur
dienst
Erse
Herr
Betrie
(Zur
teilun
mehr
dem
gema
haben
man
weiß
müte
Stim
einer
wand
meine
wir n
könne
wir n
nehm
allzu
Stan
bürge
E
M
D
H
nicht
des S

inspektion einsehen und sagen wollte: Die Betriebe sind verpflichtet, Lehrlinge auszubilden. (Sehr richtig!) Dann würde eine Besserung eintreten. Jene Herren sagen: Es werden zuviel Lehrlinge ausgebildet. Warum sagen sie das denn? Je weniger Lehrlinge ausgebildet werden, desto weniger Gesellen sind da und desto höher kann man dann die Löhne treiben. Das ist des Pudels Kern, deshalb schreien sie so wegen der Lehrlingszuchterei.

Auf Seite 330 regt sich die Gewerbeinspektion über die straffe Organisation der Großbetriebe auf — ich glaube, man hat dabei besonders die Zutespinnerei im Auge. Aber gerade große Betriebe, wie die Zutespinnerei, verlangen eine straffe Organisation der Fabrikleitung. Herr Rauch sagt nun, in solchen Betrieben Sorge man für die Interessen der Arbeiter außerordentlich schlecht, aber dabei zahle die Zutespinnerei große Dividenden, und Sie sagen, die hohen Dividenden würden verursacht durch das Verdienst der Arbeiter. (Zuruf: Selbstredend!) Ich sage: Das ist das Verdienst der Betriebsleitung und nicht der Arbeiter! Ersetzen Sie den Betriebsleiter durch einen anderen Herrn und dann frage ich Sie, ob bei der schlechteren Betriebsleitung noch etwa Dividenden herauskommen? (Zuruf: Das sind auch Angestellte!)

Dann hat sich Herr Rauch über die Prämienverteilung aufgeregt. Man sollte nach Herrn Rauch nicht mehr daran gehen, Arbeitern, die lange Jahre in dem Betriebe tätig gewesen sind und sich nützlich gemacht haben, dafür, daß sie sich nützlich gemacht haben, Prämien zu zahlen, er sagt mit andern Worten, man sollte dem Verdienst keinen Lohn geben. Ich weiß nicht, wie Herr Rauch dazu kommt. Ich vermute dahinter eine sozialistische Forderung. (Zuruf: Stimmt!) Man will, daß die Arbeiter nicht lange auf einer Stelle arbeiten, sondern man will lieber wandernde Arbeiter als feste Arbeiter. Ich meine, meine Herren, unser Prinzip ist und kann nur sein: wir wollen feste Arbeiter haben, wandernde Arbeiter können weiter gehen, die können zu Ihnen kommen, wir wollen feste Arbeiter. Ich möchte Sie bitten, nehmen Sie die Äußerungen des Herrn Rauch nicht allzu tragisch, sie sind nur von einem sozialistischen Standpunkt bearbeitet worden, aber vom wirklich bürgerlichen Standpunkt nicht zu gebrauchen.

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Herr Henke.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Henke: Ich bitte Sie, den Schluß noch nicht zu belieben. Nach den erheiternden Ausführungen des Herrn Leymann ist es notwendig, den Gegenstand

wieder ernst zu behandeln. Die Vorwürfe von Herrn Leymann werden von unserer Seite kühl aufgenommen —

Präsident: Herr Henke, über den Schluß!

Herr Henke: Ich spreche darüber.

Präsident: Nach meiner Auffassung nicht.

Herr Henke: Dann haben Sie eine andere Auffassung als ich, Herr Präsident.

Präsident: Ich habe darüber zu bestimmen.

Herr Henke: Also, Herr Präsident, ich habe vorhin ausgeführt, warum wir den Schluß abzulehnen bitten, und ich meine jetzt erst recht, weil Herr Leymann Vorwürfe erhebt, die wir nicht auf uns sitzen lassen können. Wir glauben das Recht zu haben, diese Vorwürfe, die ich als Infamie bezeichne — (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich muß dringend bitten, ein solches Wort, wie Infamie nicht zu gebrauchen.

Herr Henke: Es stimmt aber.

Präsident: Ich rufe Sie zur Ordnung.

Herr Henke: Es ist die reine Angst.

Der Antrag auf Schluß wird angenommen.

Präsident: Wir zeigen den Empfang des Berichts dankend an.

Nr. IV der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 20. April 1909:

3. Nachbewilligung auf das Generalbudget 1908, Ordentliche Ausgaben I, 10, Wahlen zur Bürgerschaft.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 23. April 1909:

11. Uebertragbarkeit von Posten des Budgets der Staatsanwaltschaft.

Es meldet sich niemand zum Worte.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß 9 Uhr 40 Minuten.

[Faint, illegible text, likely bleed-through from the reverse side of the page]

Achel
 Apelt
 Biern
 Feldm
 Fride
 Grön

- I.
- II.
- III.
- IV.
- V.
- VI.
- VII.
- VIII.
- IX.
- X.